

# Wildcat-Zirkular

Nr. 48/49 März 1999

8 Mark

Beilage:

»Dole Autonomy«

»Wir  
müssen jenen  
Jugendlichen, die sich diesem  
Angebot verweigern, wohl oder  
übel die Sozialhilfe streichen. Der  
Staat hat kein Geld zu  
verschenken.«\*

\* Klaus Zwickel, Erster Vorsitzender der IG Metall,  
in einem Spiegel-Interview (Heft 8/99) über das  
Sofortprogramm »100.000 Jobs für Jugendliche«.



## Editorial

Sonntag nachmittag – und ich sitze am Rechner und schreibe euch was, statt Fußball spielen zu gehen! Aber was soll's – bei *dem* Wetter! Fast hätten wir den Drucktermin doch noch verschieben und ein neues Vorwort für die Beilage schreiben müssen. Kritisieren wir darin doch die GenossInnen von *Aufheben* (siehe Beilage) dafür, daß sie vom »Rückzug der Sozialdemokratie« und dem »Verschwinden des Reformismus« schreiben. Und dann tritt Oskar zurück – freie Bahn für die Schrödersche Arschkriecherei bei den Unternehmern. Aber damit würden wir es uns zu einfach machen. Denn sozialdemokratische Regierungen zeichnen sich ja nicht durch eine »arbeitnehmerfreundliche« Politik aus. Es brauchte Sozialdemokratie, um Kämpfe der ArbeiterInnen in eine Intensivierung der Ausbeutung zu kanalisieren. Sei es die SPD nach dem Ersten Weltkrieg oder die Sozialdemokratie der 70er Jahre. Der Reformismus ist nichts von den ArbeiterInnen Abgetrenntes, er funktioniert nur, solange er an der Begrenztheit ihrer Kämpfe ansetzen kann. Sozialdemokratie läßt sich nicht an bestimmten *Inhalten* festmachen, sondern am Anspruch der Vertretung und Vermittlung. Deshalb liegen viele linke Vorstellungen so nahe an den Umbauplänen des Kapitals (siehe das Vorwort zur Beilage).

In dieser Diskussion wird das Bike häufig am Auspuff gelenkt – dabei verbrennt man sich übrigens recht schnell die Finger. Die Ergebnisse früherer Klassenkämpfe wie kürzere Arbeitszeit und Bezahlung von Arbeitslosigkeit werden von der Linken als »Errungenschaften« und Ziel der Kämpfe und Forderungen dargestellt. In Zeiten politischer Flaute probiert man es auch mal andersherum – fängt mit einer Forderung an, damit sich ne Bewegung dazugesellt.

Der Artikel mit der langen Überschrift zum **Existenzgeld** kritisiert das auf zwei Ebenen. Erstens ist der Sozialstaat nicht Ziel der Klassenkämpfe, sondern eine mittels staatlicher Gewalt durchgesetzte Verrechtlichung von Konflikten, die den Zwang zur Arbeit immer wieder neu durchsetzen soll – individuelles Einklagen von Ansprüchen statt kollektiver Kämpfe. Zweitens bedeutet eine Flaute der Klassenkämpfe nicht, daß die ArbeiterInnen zu Lernprozessen nicht fähig sind und eine Vertretung brauchen. In dem Artikel »**Die Aktionen von Arbeitslosen und Prekären in Frankreich im Winter 1997/98**« von Genossen aus Frankreich wird genau dieses Verharren in einer Vertreterlogik kritisiert. Sie widersprechen den Darstellungen vieler Arbeitsloseninitiativen, in Frankreich hätte es eine breite Bewegung von Arbeitslosen gegeben, die sich vermöge der richtigen Forderung auf ganz Europa ausweiten ließe.

Der Verweis auf die »Bewegungen der Arbeitslosen« in Frankreich und sogar in Deutschland eröffnet auch den Text »**Dole Autonomy**« der Gruppe *Aufheben* aus England in der Beilage. Aber daraus zimmern sie nicht eine Parole, sondern stellen die Frage, warum es nicht auch in »ihrem« Land so eine Bewe-

gung gab. Das nehmen sie zum Anlaß, die Erfahrungen der Klasse in GB mit Arbeitslosigkeit und die widerständigen Verhaltensweisen gegen verschiedene Programme zur Verschärfung des Arbeitszwangs unter verschiedenen Regierungen daraufhin *zu untersuchen*. Warum entwickelt sich dabei kaum Kollektivität? Wo liegen mögliche oder schon sichtbare Bruchpunkte in den Ausbeutungsverhältnissen?

Daß sich solche Bruchpunkte nicht an tariflich geregelten offiziellen Arbeitszeiten festmachen lassen (auch nicht, wenn man »radikal« vor die Arbeitszeitverkürzung schreibt!), zeigt der Artikel zur **Arbeitszeitverkürzung**. Was uns von den Gewerkschaften als »Jahrzehnt der Arbeitszeitverkürzung« angeboten wird, nämlich die 80er Jahre, war in Wirklichkeit der breite Einstieg in Flexibilisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität. Da ist inzwischen viel passiert – die Schmerzgrenze müßte erreicht sein.

Drückt sich das vielleicht schon in Aktionen wie bei **Opel Bochum** und bei der **Bahn** aus? Und im **Bericht aus Rußland** heißt es: »Die Fabrik befindet sich nach wie vor unter der Kontrolle der Arbeiter/innen. Die Stadtverwaltung scheint weder willens noch in der Lage, die Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen. Die Leute reden von Revolution.« Schön wär's, sage ich von hier aus, aber irgendwie muß ja mal was passieren, oder?! Bis denne! *h&m, Potsdam*



#### **Kontakte:**

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin – jaa@wildber.aball.de  
Shiraz e.V. Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de  
Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg  
Welt in Umwälzung, c/o Wildcat, Mannheim suba@wildcat.rhein-neckar.de

#### **Abos:**

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin.

V.i.S.d.P.: P.Müller

## **Gestern, am 9. März kam es bei Opel Bochum zu einer kurzen, spontanen Arbeitsniederlegung ...**

Zwischen 11.00 Uhr und 11.50 Uhr sind gut 300 Beschäftigte aus der Fertigmontage im Werk I spontan von ihrem Arbeitsplatz zur Personalabteilung marschiert. Durch Vertrauensleute wurden gegenüber der Personalleitung des Werks folgende Forderungen gestellt:

- \* sofortige Entfristung alle Zeitverträge
- \* Freistellung aller Gruppensprecher (sie sollen eigentlich nur als »Springer« bereitstellen, können dies aber nicht, weil sie voll mitarbeiten müssen)
- \* 200 Neueinstellungen
- \* 2 000 Mark Bonus für alle als Sonderprämie zum 100sten Opel-Geburtstag
- \* besseres Material als Arbeitserleichterung

### *Zum Hintergrund:*

Seit langem herrscht eine sehr angespannte Personalsituation bei Opel Bochum. Der Unmut darüber, daß Freischichten und Pausen kaum noch wahrgenommen werden konnten, eine Ablösung durch sog. Springer nicht möglich war etc., hat sich bereits am 7. Oktober 1998 in einer 40minütigen Arbeitsniederlegung von ca. 1800 KollegInnen geäußert.<sup>1</sup>

Gefordert wurden damals 300 Neueinstellungen, nach Ablauf des Ultimatums hatte sich der Betriebsrat mit 50 befristeten Neueinstellungen und der Verlängerung von 35 Zeitverträgen um weitere 6 Monate zufrieden gegeben.

Die gestrige Aktion macht deutlich, daß sich an der beklagten Situation nichts geändert hat. Die hohe Arbeitsbelastung führt – trotz Drohungen gegenüber den befristeten KollegInnen, daß sie bei Krankheit nicht übernommen werden – zu einem höheren Krankenstand, als er geplant und in der Personalplanung berücksichtigt wurde.

---

1) Die Hintergründe dieser Arbeitsniederlegung sind nachzulesen in: Mag Wompe, *Ein Anfang vom Ende der Auspreßbarkeit? Zu den Hintergründen der jüngsten Arbeitsniederlegungen nicht nur bei Opel*, in: express 10/1998, S. 7.

Dadurch können KollegInnen nicht vom Band abgelöst werden: weder für die Gänge zum Sanitäter, zur Toilette noch zum Betriebsrat. Auch ist tagelang die Gewährung der persönlichen Verteilzeit (individuelle Pausen, für die eine Ablösung nötig ist) verweigert worden. In Einzelfällen wurden bereits mündliche Abmahnungen ausgesprochen, nachdem aufgrund fehlender Ablösemöglichkeit das Band abgestellt wurde, um zur Toilette zu gehen. Erzählt wird ein Fall, in dem ein Kollege mit einem Fieberanfall nicht zum Sani konnte – der Meister hat diesen Gang für ihn erledigt, um Tabletten zu holen. Soviel zur Fürsorgepflicht. Dennoch wurden die aktuell auslaufenden befristeten Verträge nur teilweise verlängert: 35 bis zum 31. Mai, 50 bis zum 30. Juni und 50 bis zum 30. September. Weitere 50 auslaufende Verträge sind noch ungewiß. Zur »personellen Entspannung« wurden zudem sofort 50 Studenten herangeholt. Es ist aber absehbar, daß sich die Nachfrage nach dem hier montierten Zafira auch mittelfristig nicht abschwächen wird.

Zusätzlichen Unmut riefen die unterschiedlichen Laufzeiten der Vertragsverlängerung hervor (zwischen 2 und 6 Monaten) und die willkürliche Ungleichbehandlung. Es ist zudem jetzt schon absehbar, daß die gestuften Laufzeiten einen Kampf gegen das Auslaufen dieser Verträge erschweren werden. Vielen ist klar, daß eine längerfristige und spürbare Entspannung der Situation nur über Festverträge und weitere Neueinstellungen möglich ist. Dies aber schließt die Werksleitung vehement aus.



## **Fabrikbesetzung in Rußland**

In der russischen Stadt Jasnogorsk, unweit von Tula, haben Arbeiter/innen eine Maschinenbaufabrik besetzt. Die Fabrik ist quasi das Zentrum der Stadt, ein Fünftel der Bevölkerung (in Jasnogorsk leben 20 000 Menschen, in der Fabrik arbeiten 4200) arbeitet hier und ist vom Verdienst in der Fabrik abhängig.

Produziert werden vor allem Maschinen für den Bergbau, die trotz der Krise verkauft werden. Dennoch haben die Arbeiter/innen seit 10 Monaten keinen regulären Lohn mehr bekommen. Die Eigentümer des vor zwei Jahren in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Betriebs, vor allem das vormalige Management, verkauften stattdessen systematisch die Produktionsanlagen. Alles lief auf eine Schließung der Fabrik hinaus.

Anfang Dezember 1998 handelten die Arbeiter/innen. Sie organisierten eine Vollversammlung und wählten eine neue Geschäftsleitung. Nachdem sich die Eigentümer weigerten, das Ergebnis anzuerkennen, besetzten die Arbeiter/innen die Fabrik. Es wurde ein Arbeiter/innen/komitee gegründet, das das neue Management, die Produktion, den Verkauf und die Verteilung der Löhne kontrolliert. Nachdem zwei Mitglieder der neu gewählten Geschäftsleitung verhaftet worden waren, drohten die Arbeiter/innen damit, die in der Nähe der Stadt liegende Bahnlinie zu blockieren. Nur durch von außen zusammengezogene Spezialeinheiten der Polizei konnte verhindert werden, daß fast 10 000 Menschen, Arbeiter/innen der Fabrik und Bewohner/innen der Stadt, eine der wichtigsten Eisenbahnlinien Russlands blockierten. Die örtliche Polizei verhält sich sehr zurückhaltend. Viele Polizisten haben selbst Verwandte und Freunde, die in der Fabrik arbeiten, und sind deshalb den Besetzer/innen wohlgesonnen. Der Polizeichef der Stadt hat angekündigt, daß er sein Amt niederlegen wolle, falls der Befehl zur Räumung der Fabrik kommt.

Die Arbeiter/innen führen fast jeden Tag eine Versammlung in der Fabrik durch. Dadurch hat sich eine neue Diskussionskultur unter ihnen entwickelt. Besucher/innen der Besetzer/innen zeigen sich überrascht über die Diskussionen und das Interesse der Arbeiter/innen füreinander. Inzwischen haben die Arbeiter/innen die Anerkennung des Arbeiterkomitees durch die Eigentümer der Fabrik durchgesetzt.

Die Fabrik befindet sich nach wie vor unter der Kontrolle der Arbeiter/innen. Die Stadtverwaltung scheint weder willens noch in der Lage, die Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen. Die Leute reden von Revolution.

Dennoch sind sie isoliert. Sie sind auf der Suche nach Unterstützung für ihren Kampf. Was die Besetzer/innen sich wünschen, ist Kontakt zu anderen kämpfenden Arbeiter/innen. Aber momentan sind keine ähnlichen Situationen in Russland bekannt.

Die Adresse des Arbeiterkomitees ist:

Profkom OAO YaMZ (dljaSTK)  
Zavodskaya 5  
301030 Tulsckaya obl. Yasnogorsk  
Russia

## **Für eine Handvoll Dreck Streik bei der Bahnreinigung in NRW '98**

*Das folgende ist ein Beispiel für Kämpfe in prekären Arbeitsbereichen, die zu wenig wahrgenommen und verarbeitet werden. Wir selber haben erst spät von dem Kampf erfahren, über NRW hinaus ist er kaum bekannt geworden.*

**Im Sommer 1998 streikten in NRW ca. 500 ArbeiterInnen 55 Tage lang bei der Bahnreinigung Köln GmbH (BRG), einer der vielen in den letzten Jahren gegründeten Tochtergesellschaften der Deutschen Bahn AG.** Innerhalb des ausgelagerten Reinigungsbereichs der Bahn existieren weitere Abstufungen: Vollzeit- und TeilzeitarbeiterInnen, geringfügig Beschäftigte sowie LeiharbeiterInnen aus anderen Firmen.

Die Bahnreinigung Köln GmbH ist für die Reinigung aller Fern-, Nahverkehrs- und S-Bahn-Züge in NRW zuständig. In mehreren Niederlassungen sind NRW-weit 1 700 ArbeiterInnen beschäftigt. Der Betrieb zeichnete sich aus durch: Stundenlöhne um die 14,-DM; ein brutales Schichtmodell, das nur ein freies Wochenende pro Monat garantierte; widerwärtige Arbeitsbedingungen, die verdreckten Züge sollen mit immer weniger Personal bei kürzeren Standzeiten gereinigt werden; Kündigungen und Kündigungsdrohungen wegen Krankheit. Also insgesamt harte Arbeit unter ständigen Bedrohungen bei schlechter Bezahlung: Die relativ höheren **Monatslöhne** (z.B. 2 200 bis 2 400 DM netto für Familienväter mit zwei Kindern) kommen nur durch viele Überstunden und ständige Nachtarbeit (Zuschläge!) zusammen.

### *Gewerkschaftskonkurrenz statt Klassenkampf*

Bis zur Tarifrunde 1998 waren die Betriebsräte fest in der Hand der DGB-Gewerkschaft GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands). Über den GdED-Tarifabschluß mit 10 Pfennig Lohnerhöhung bei Stundenlöhnen um 14,00 DM und einer Begrenzung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent waren die ArbeiterInnen stinksauer.

In dieser Situation begann eine große Abwerbungsaktion der Verkehrsgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (GDBA). Sie versprach den ArbeiterInnen eine größere Unterstützung und ging mit einer Forderung von 4,5 Prozent in neue Verhandlungen. Die BRG lehnte ab, bei der folgenden Urabstimmung war NRW-weit eine überwältigende Mehrheit für Streik.

Die ArbeiterInnen in Köln (und nur mit diesen hatten wir Kontakt) stammen zu über 95 Prozent aus der Türkei. Im größeren Betriebsteil Köln-Deutz arbeiteten mehrheitlich Türken, im kleineren Betriebsteil Köln-Nippes mehrheitlich

Kurden. Die Kommunikation während der Arbeit und auch während des Streiks lief fast ausschließlich auf türkisch, andere (Afrikaner und die wenigen Frauen) mußten sich ausgegrenzt fühlen.

Im Betriebsrat und der Belegschaft waren Arbeiter aus rechten und linken Parteien, die sich zwar mißtrauisch beäugten, den Streik aber gemeinsam führten. Spaltungsversuche der GdED und der BRG (zunächst: »Graue Wölfe stecken hinter dem Streik«, dann: »Kommunisten...«) hatten keinen Erfolg.

Ein Teil der ArbeiterInnen setzte große Hoffnungen in einen Streik mit der neuen Gewerkschaft. Einige hatten klar, daß der Streik vor allem das Produkt der verschärften Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften war: Alle Gewerkschaften suchten händeringend nach neuen Mitgliedern, entsprechend mußte die GDBA die Krallen ausfahren.

Der Streik wurde vom ersten bis zum letzten Tag unter breiter Beteiligung von ca. 150 Arbeitern (fast alle der Festangestellten) geführt. Die GDBA verlangte von den ArbeiterInnen in dem Sinne »aktiv« zu sein, während ihrer normalen Arbeitszeit die Streikposten vor den Toren zu besetzen; nur dort wurde Streikgeld ausgezahlt. Außer passiver Anwesenheit am Tor sah die GDBA allerdings überhaupt nichts vor. Das war vielen Arbeitern zu wenig, vor allem auch deshalb, weil bald nach Streikbeginn ein massiver Einsatz von Streikbrechern begann: Kollegen von der GdED und die bei neuen Leiharbeitsfirmen rekrutierten Arbeiter liefen direkt an den Streikenden vorbei auf das Bahngelände, den Streikenden selber war das Betreten verboten. Es kam mehrere Male zu Rangeleien, die Stimmung war explosiv. Direkte Aktionen an den Zügen in den Depots waren aber wegen der Größe des Geländes sehr schwierig. Außerdem ist der paramilitärische Charakter eines Bahngeländes nicht zu unterschätzen: der BGS gehört gewissermaßen zur Firma dazu, und sämtliche Bahnanlagen unterliegen Spezialgesetzen...

Erst auf Drängen der ArbeiterInnen ließ die GDBA nach zehn Tagen ein seichtes Flugblatt (sogenannte »Fahrgastinformationen«) verteilen – auch wir haben erst dadurch zufällig von dem Streik etwas erfahren.

Nachdem wir die Streikenden mehrmals an den Toren besucht hatten und uns die desolate Situation des Streikablaufs klargeworden war, schlugen wir einigen der Aktivisten eine Versammlung von allen vor. Trotz des Mißtrauens der Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter kam die Versammlung zustande, und viele Arbeiter brachten ihre Wut über die bisherige Unwirksamkeit des Streiks zum Ausdruck. Einige verlangten nach radikaleren Aktionen bis hin zum Vorschlag, im Hauptbahnhof die Gleise zu besetzen. Obwohl der einzige anwesende Betriebsrat ständig auf eine Beendigung der Versammlung drängte (»die Kollegen vertrauen uns, wir machen das schon«), gelang es, eine konkrete Aktion gegen den massiven Einsatz von Streikbrechern zu verabreden. Daraufhin gingen einige Tage später etwa zwanzig UnterstützerInnen und ein paar Arbeiter auf das



Betriebsgelände und forderten die Streikbrecher zur Einstellung der Arbeit auf. Ein andermal besuchten einige Leute das Büro des Sklavenhändlers Wahl, der einen Großteil der Streikbrucharbeiten organisierte.

Erst jetzt sah sich die GDBA gezwungen, zwei Kundgebungen vor dem Hauptbahnhof zu organisieren. Das glitt der Gewerkschaft insofern aus den Händen, als die nach mehreren Wochen (!) Streik langsam ungeduldigen Arbeiter die Straße vor dem Hauptbahnhof blockierten und aus einer der Kundgebungen heraus zum Büro der BRG marschierten.

Trotz vieler kleiner Aktivitäten verharrte der Streik innerhalb des Machtspiels der Gewerkschaft. Die Streikführer waren von der GDBA ernannt worden und hielten sich loyal an deren Anweisungen. Auch die aktivsten Streikenden hatten nicht genügend Selbstvertrauen und Erfahrung, eigenständige, von der Gewerkschaft unabhängige Strukturen (Streikkomitee o.ä.) aufzubauen: Z.B. gab es zwar Sympathie für die Idee, sich mit den Streikenden aus anderen Betriebsteilen (z.B. Aachen, Dortmund) auszutauschen, aber sie wurde nie in die Tat umgesetzt; und die GDBA hatte selbstverständlich kein Interesse daran.

In der Öffentlichkeit wurde der Streik systematisch totgeschwiegen oder diffamiert. In der bürgerlichen Presse gab es überregional keinen einzigen, in der Lokalpresse nur einen nichtssagenden Bericht während fast acht Wochen Streik. Die GdED, die bei der Umstrukturierung der Bahn voll mitzieht, hetzte auf Flugblättern und in ihrer Zeitung gegen den Streik. Die (DGB)-Gewerkschaftslinker verhielt sich (vermutlich auch wegen der gewerkschaftlichen Konkurrenzsituation) bis auf wenige Ausnahmen abwartend. Unterstützung aus anderen Arbeitsbereichen der Bahn blieb aus, obwohl auch dort die Unzufriedenheit wegen steigender Arbeitsbelastungen und der Umstrukturierung sowie der ständigen Entlassungsankündigungen groß ist.

Während des Streiks hat sich erst sehr zögerlich ein kleines Grüppchen von UnterstützerInnen gebildet, das dann allerdings kontinuierlich und mit großem Aufwand den Streik unterstützte. Glücklicherweise gab es insgesamt wenig Probleme mit ML-Parteiprofilierungsversuchen. Die Gruppe der UnterstützerInnen blieb zwar stabil, konnte sich aber nicht ausweiten. Insofern waren diese Möglichkeiten ebenfalls begrenzt.

### *Ein Streikende zum Kotzen*

Nach 55 Tagen brach die Gewerkschaft den Streik ab, ohne im Vergleich zu dem Tarifabschluß der GdED etwas erreicht zu haben: kein Pfennig mehr bei den Löhnen, nur eine Einmalzahlung von 100,-DM und weiterhin die monatliche statt wie von der GdED vereinbart halbjährliche Auszahlung der Überstunden.

Bei der Urabstimmung wurde das Ergebnis von knapp 74 Prozent der Arbeiter in ganz NRW abgelehnt, in der BRG-Niederlassung Aachen z.B. waren es

sogar 100 Prozent. Für solche Fälle hat jede Gewerkschaftssatzung vorgesorgt, und so galt das Ergebnis mit einer Mehrheit von über 25 Prozent der Stimmen (es waren genau 26,13 Prozent, viele Arbeiter sprachen von Manipulation) als angenommen. Die GdED titelte in ihrem Streikkommentar hämisch: »Dumm gelaufen«, und zitierte fleißig BGS-Meldungen über Sachbeschädigungen seitens der Streikenden.

Die Luft war raus, Wut und Enttäuschung waren groß. Einer der Hauptgründe für dieses niederschmetternde Ergebnis ist sicherlich gewesen, daß es der BRG mithilfe der Streikbrecher gelungen war, ca. 70 Prozent der Arbeit auch während des Streiks erledigen zu lassen: mit verdreckten Sitzen, zugeschissenen Klos und vollgekotzen Gängen konnten die streikenden Arbeiter also auch keinen Druck entfalten; deshalb hatte es die Deutsche Bahn AG als Auftraggeberin auch nicht nötig gehabt, auf ein schnelleres Ende des Streiks zu drängen.

Nach Streikende haben einige der Aktivsten von selber gekündigt, anderen wurde die Kündigung angedroht. Wieder andere ließen sich bereitwillig zu Vorarbeitern machen und trieben jetzt die Streikkollegen der vergangenen Wochen an die Arbeit. Schichtgruppen wurden auseinandergerissen usw.. Die Löhne wurden von der BRG unter Druck gesetzt, indem den Arbeitern die (perverseweise überlebenswichtigen) Überstunden weggenommen wurden.

Die GDBA ist während des gesamten Streiks die Klammer für all die verschiedenen Grüppchen innerhalb der Belegschaft gewesen, die sich jeweils einzeln nichts zugetraut haben. Die fast perfekte Isolierung (nicht nur) in der bürgerlichen Öffentlichkeit hat diesen Mangel an Selbstbewußtsein und Fähigkeit zur Selbstorganisation noch verstärkt.

Aus dieser Erfahrung ist uns in Köln noch mal klar geworden, daß wir selber Strukturen brauchen, die viel schneller und stärker zur Unterstützung solcher Kämpfe in der Lage sind. ■

*D., F. und N. (Köln)*

# Die Perspektiven des Klassenkampfes liegen jenseits einer Reform des Sozialstaats

Seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 90er Jahre hat sich in den Industrieländern ein Konsens über den »Umbau des Sozialstaats« herausgebildet. Sämtliche bürgerlichen Parteien, Soziologen, Gewerkschaften, Unternehmer, aber auch Teile des linksradikalen Spektrums schlagen eine soziale Grundsicherung vor, deren Leistungen nicht mehr von lebenslanger Lohnarbeit abhängig sind. Während die einen damit mehr schlechtbezahlte und prekäre Arbeit durchsetzen wollen, sehen die Linken im Existenzgeld die Abkehr von der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Garantiertes Einkommen und Arbeitszeitverkürzung stehen im Mittelpunkt einer neuen Mobilisierung auf westeuropäischer Ebene. Entwickelt die Linke damit einen revolutionären Bezug auf die neuen Klassenverhältnisse – oder begibt sie sich in den Sog der sozialdemokratischen Wahlerfolge und beschafft den neuen Regierungen eine kritische Legitimation von links?

Nach einem Rückblick auf die bisherige **Diskussion (1)** wollen wir kurz die **tatsächlichen Veränderungen (2)** in den Klassenverhältnissen skizzieren, die die materielle Basis für den **Umbau des Sozialstaats (3)** bilden. Im Anschluß daran sollen die **Illusionen über den Sozialstaat (4)** kritisiert werden, mit denen die Linke diese Entwicklungen interpretiert, und **(5) das Politikverständnis** ihrer neuen Kampagne hinterfragt werden.

## 1. Wo stehen wir in der Diskussion heute?

In der BRD wird die Debatte um einen anderen Sozialstaat und neue Klassenverhältnisse (»neue Armut«, »Ende der Arbeitsgesellschaft«) seit Anfang der 80er Jahre geführt. Mit der ersten tiefen Nachkriegskrise 1974/75 war die Arbeitslosigkeit auf Millionenhöhe gestiegen. Zunächst schien es sich um ein

konjunkturelles Phänomen zu handeln. Aber in der Krise 1980/82 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen dauerhaft auf zwei Millionen an. Es wurde klar, daß der Vollbeschäftigungskapitalismus zu Ende war, das Wort von der »strukturellen Arbeitslosigkeit« machte die Runde. Linksradikale Kräfte sahen in der sogenannten »postindustriellen Massenarmut« den Ansatzpunkt für neue revolutionäre Konzepte. Die Zahl der vom Kapital noch ausgebeuteten Menschen schien sich im freien Fall zu befinden und der Arbeitsgesellschaft über kurz oder lang »die Arbeit auszugehen« – was leider nicht der Fall war. Gleichzeitig wurde der »Abschied vom Proletariat« verkündet<sup>1</sup> und die sozialrechtliche Kategorie »arbeitslos« zu einer neuen politischen Figur stilisiert. Auf den Treffen für eine westdeutsche Arbeitslosenbewegung Anfang der 80er Jahre versuchten linke Kräfte, sich mit der Existenzgeldforderung von der Parole »Arbeit für alle« abzusetzen, um an ihrer Kritik der kapitalistischen Lohnarbeit festzuhalten. Mit dem Abschied vom Proletariat war ihnen aber das gesellschaftliche Subjekt einer Umwälzung abhandengekommen. So blieb nur die Möglichkeit, stellvertretend für die »Arbeitslosen« eine Forderung an den Staat zu stellen.<sup>2</sup> Die erhoffte Arbeitslosenbewegung blieb aus.

Ab Mitte der 80er Jahre setzte ein regelrechter Beschäftigungsboom ein. Die meisten Arbeitslosengruppen existierten nur dank Professionalisierung und Institutionalisation am Gängelband von Staatsknete und ABM-Stellen weiter.<sup>3</sup> Für Linksradikale und Autonome wurden die Fragen von Arbeitslosigkeit und Ausbeutung uninteressant, der Staat hoffte auf eine Krisenlösung durch den neuen Boom. Aber mit der Krise '92/93 beschleunigten sich die Veränderungen in den Ausbeutungsbeziehungen und in der Zusammensetzung von Arbeitslosigkeit und prekären Ausbeutungsformen. Der Kapitalismus wurde immer offensichtlicher als Klassengesellschaft greifbar, in der sich Proletarier und Kapitalbesitzer gegenüberstehen. 1993 lösten die Thesen zur »Wiederkehr der Proleta-

---

1) 1980 erschien in Frankreich und Deutschland das Buch *Abschied vom Proletariat* des ehemaligen Stalinisten und früheren Theoretikers der Arbeiterbewegung André Gorz. Er sah ein duales Wirtschaftssystem voraus: einem kleiner werdenden industriell-kapitalistischen Sektor mit fremdbestimmter Arbeit (Heteronomie) stehe ein Bereich von selbstbestimmter Eigenarbeit und Freizeit (Autonomie) gegenüber, der durch ein staatlich garantiertes Existenzminimum abgesichert werden solle. Bezeichnenderweise gibt es eine starke Affinität zwischen den Ideen von Gorz und den Thesen von Negri über den neuen »gesellschaftlichen Arbeiter« und die »immaterielle Arbeit«.

2) Die Forderung nach dem Existenzgeld war schon damals umstritten und markierte die Spaltung und das Ende der Jobbergruppen; siehe: »Mit dem Dreirad durch den Sozialstaat«, in: *Karlsruher Stadtzeitung* Nr. 35, Frühling 1985.

3) Siehe: Harald Rein / Wolfgang Scherer, *Erwerbslosigkeit und politischer Protest*, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 1993.

rität« eine Diskussion über neue revolutionäre Chancen dieser Situation aus.<sup>4</sup> Aber die Mehrheit der Linken unterwarf sich in ihren theoretischen und praktischen Anstrengungen dem Siegerlächeln des Kapitalismus. In Theorien über »Postfordismus« und »Globalisierung« entwickelte sie ihre eigene Variante vom »Ende der Geschichte« und verabschiedete sich von der Revolution (Hirsch, Altwater usw.).

Beflügelt durch Bewegungen in Frankreich, beängstigt durch neofaschistische Mobilisierungen an der »sozialen Frage« hat auch die radikale Linke seit ein, zwei Jahren den Klassencharakter der Gesellschaft wieder zum Thema gemacht. Die Rückkehr der westeuropäischen Sozialdemokratie an die Macht weist darauf hin, daß auch das Kapital nach neuen Vermittlungsformen sucht. In Abwendung vom »Neoliberalismus« wird national wie international über neue Regulierungsformen nachgedacht (von der Tobin-Steuer bis zu neuen Sozialstaatsmodellen). In diesem Fahrwasser schwimmt ein Teil derjenigen, die eigentlich den Kapitalismus kritisieren wollten, sich aber aus Verzweiflung oder falschem Realismus als kritisches Stimmchen an der Suche nach neuen Regulierungen beteiligen. Dabei käme es heute auf nichts weniger an, als die Kritik der Verhältnisse so radikal durchzuführen, daß sie der vorhandenen proletarischen Wut angemessen ist. Es würde sich dann zeigen, daß diese Welt schon einen Traum davon besitzt, was an menschlichem Leben jenseits von Staat und Kapital möglich ist.

## **2. Die neuen Klassenverhältnisse als politische Herausforderung**

In Diskussionen über »Arbeitslosigkeit« und »Beschäftigung« wird oft unterstellt, es handele sich bei diesen Kategorien um zwei gesellschaftliche Gruppen: Die einen verfügen über ein regelmäßiges Einkommen, die anderen sind vom Arbeitsmarkt »ausgeschlossen« und müssen vom Staat unterstützt werden. Mit den wirklichen Menschen und ihren Biographien hat dieses Bild wenig zu tun. Viele arbeiten nicht, ohne »arbeitslos« zu sein (Schüler, Rentner usw.), andere sind »arbeitslos« und arbeiten (Schwarzarbeit) oder sind nicht »beschäftigt« und arbeiten doch (Hausarbeit, Erziehung usw.), wieder andere stehen dem Kapital als abrufbare Arbeitskraft im Ausland zur Verfügung und zählen daher nicht als »arbeitslos«. Wie das lebendige Arbeitsvermögen vom Kapital ausgebeutet wird, läßt sich nicht einfach den Statistiken entnehmen. Bei der folgenden Skizzierung

---

4) Siehe: Karl Heinz Roth (Hrsg.), *Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte*, Neuer ISP-Verlag, Köln 1994.

der Klassenverhältnisse – wie sie sich in der BRD darstellen – müssen wir diese Einschränkungen im Auge behalten. Die entscheidenden Veränderungen werden wir nur verstehen, wenn wir uns selber einmischen und präsent sind.

Nach dem Krieg sinkt die Arbeitslosenquote erst ab 1961 unter ein Prozent. Als 1975 im Jahresdurchschnitt eine Million Arbeitslose gezählt werden, ist der kurze Traum der Vollbeschäftigung zu Ende. Die moderne Arbeitslosigkeit ist kein dauerhafter Zustand für die einzelnen Proletarier, sondern ein Wechseln zwischen verschiedenen Jobs mit Unterbrechungen. Im Laufe des Jahres 1975 waren insgesamt 4,6 Millionen ArbeiterInnen einmal arbeitslos, allerdings durchschnittlich nur 12 Wochen lang.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus war der Staat gezwungen, den Arbeitslosen ein existenzsicherndes Einkommen zu zahlen, und die Arbeitslosigkeit funktionierte nicht mehr wie früher als lohndrückende industrielle Reservearmee. Das Proletariat entdeckte sehr schnell die angenehmen Seiten. Viele nutzten Arbeitslosengeld oder Umschulungen, um aus der verhassten Fabrikarbeit herauszukommen. Die revolutionäre Linke propagierte den »glücklichen Arbeitslosen«. Nach der Niederlage der offenen Kämpfe wird die Arbeitslosigkeit zum Auffangbecken – gerade auch für viele der kämpferischen ArbeiterInnen. Die Reallöhne stiegen weiter an und die ersten Experimente zur Umorganisation der Produktion blieben stecken. Ebensowenig gelingt es, die eingewanderten ArbeiterInnen aus Südeuropa weiterhin als mobile Arbeitskraftreserve zu benutzen. Nach dem Anwerbestopp von 1973 steigt die ausländische *Wohnbevölkerung* deutlich an.

In der folgenden Krise von 1980 bis 1982 stieg die Arbeitslosigkeit über die Zwei-Millionen-Grenze, die Rotation auf dem Arbeitsmarkt beschleunigte sich. Die Hälfte der wieder in Arbeit vermittelten wurde nach einiger Zeit erneut arbeitslos, d.h. prekäre und unstetige Ausbeutungsformen weiteten sich aus. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 wurden neue Möglichkeiten für befristete Verträge und Leiharbeit geschaffen. Der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung wurde zum Einstieg in die Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit. In der finanziellen Absicherung der Arbeitslosen wurde ein Zick-Zack-Kurs gefahren. Als Mitte der 80er Jahre immer mehr Arbeitslose aus dem Leistungsbezug herausfielen, wurden zuvor gekürzte Ansprüche wieder heraufgesetzt.

Von 1985 bis 1992 entstanden drei Millionen neue Jobs. Industrielle und schlecht bezahlte Arbeitsplätze konnten mit Zuwanderern aus dem Osten besetzt werden, deren Zahl seit 1987 stark zunahm. Kurz vor der »Wiedervereinigung« entwickelte sich eine neue Konfliktualität in den Betrieben. In der Metallindustrie setzten die ArbeiterInnen Nachschlagszahlungen durch, an den Krankenhäusern erzwang eine unabhängige Bewegung bessere Arbeitsbedingungen und höhere

Löhne. Im Vereinigungstaumel von 1990 konnte die Regierung keine sozialen Kürzungen durchsetzen, sondern heizte die Konjunktur mit einer gigantischen Staatsverschuldung an. Der Kriseneinbruch, der weltweit 1990 einsetzte, wurde durch die »Sonderkonjunktur« zwei Jahre hinausgezögert – schlug dann aber 1992/93 um so heftiger zu. In Ostdeutschland war die Beschäftigung bis 1992 von 10 auf 6 Millionen zurückgegangen, wodurch die gesamtdeutsche Arbeitslosigkeit auf drei Millionen angestiegen war. In der Krise stieg sie auf über vier Millionen, und in der konjunkturellen »Erholung« danach ist ein Bruch mit bisherigen Entwicklungstrends zu erkennen:<sup>5</sup>

**Jobs:** Trotz Konjunkturaufschwung steigt die Zahl der Arbeitslosen bis 1997 kontinuierlich an, die Jobs mit Sozialversicherung gehen in gleichem Maß zurück. Statistisch gesehen entstehen neue Jobs nur in Form von geringfügiger Beschäftigung, Schwarzarbeit, Scheinselbständigkeit, usw.

**Löhne:** Zum ersten Mal sinken die Reallöhne dauerhaft. Sie sinken auch im Verhältnis zur Produktivität, d.h. die Lohnstückkosten gehen zurück. Die Lohnquote rutscht zum ersten Mal unter die 70-Prozent-Marke.

**Soziale Sicherung:** Durch drastische Kürzungen fallen seit 1993 immer mehr Arbeitslose aus dem Leistungsbezug heraus und sind ganz oder teilweise auf Sozialhilfe angewiesen. Die Abgrenzung zwischen Versicherungsleistungen und Fürsorge wird brüchig.

**Gewerkschaften:** Innerhalb der Großbetriebe brechen die Dämme, Gewerkschaften und Betriebsräte beteiligen sich an den geplanten »Produktivitätssprüngen«. Lohnbestandteile werden von Produktivität und Krankenstand abhängig gemacht, geltende Tarifverträge unterlaufen.

**Ostdeutschland:** Hier entsteht mit der völligen Umstrukturierung der Produktion ein Experimentierfeld für neue Ausbeutungsstrategien. Die versprochene Angleichung der Löhne wird gestoppt, in einem bisher unbekanntem Ausmaß wird untertariflich bezahlt.

Die Krise 92/93 markiert einen Umbruch, der die Diskussion über Krise und Reform des Sozialstaats anheizt. Zwanzig Jahre Massenarbeitslosigkeit sollen endlich als Druckmittel für die Verschärfung der Ausbeutung funktionieren. Gleichzeitig hat sich das Ideal der lebenslangen Vollzeitbeschäftigung auf seiten der Klasse weiter zersetzt. Der normierte Arbeitsalltag ist verhaßt und die ArbeiterInnen suchen einzeln nach Auswegen. Die Zunahme von Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit beruht auch auf den illusionären Hoffnungen vieler Proletarier, irgendwie aus dem Arbeitstrott herauszukommen. Die 1994 wiedergewählte

---

5) Die folgenden Einschätzungen beruhen auf einem ausführlicheren Veranstaltungsbeitrag, der im nächsten Zirkular in überarbeiteter Form veröffentlicht wird.

Regierung Kohl war nicht in der Lage, aus dem Gemisch von Angst und Hoffnung die Legitimation für einen radikalen Umbau des Sozialstaats zu formen. Zu offensichtlich hatte sie das Unternehmerinteresse im Auge und war mit ihren »Reformen« vor die Wand gelaufen. Die rot-grüne Regierung verkündete sofort nach Amtsantritt im Namen des »Wirtschaftsaufschwungs« und der »Arbeitslosen« viel drastischere Umbaupläne.

### 3. Umbau des Sozialstaats: Flankierung der neuen Klassenverhältnisse

In den Programmen sämtlicher Parteien findet sich heute die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung.<sup>6</sup> Damit reagieren sie darauf, daß immer mehr Menschen in neuen Beschäftigungsformen aus dem Netz der Sozialversicherungen herausfallen. Andererseits herrscht Einigkeit darüber, daß nur noch mit solchen Jobs die Beschäftigung ausgeweitet werden kann, da hier die Lohnkosten geringer und die Arbeitskräfte flexibler einsetzbar sind. Es geht bei dieser Diskussion nicht um die absoluten Kosten des Sozialstaats, sondern um seine Wirksamkeit bei der Absicherung der Ausbeutung. Wenn höhere Ausgaben in einigen Bereichen (z.B. Frühverrentung oder Mindesteinkommen) gesamtgesellschaftlich zum Anstieg des Arbeitsvolumens und der Mehrwertmasse führen, rechnen sie sich im kapitalistischen Sinne. Selbst die dauerhafte Freistellung einiger Störenfriede von Arbeit kann sich insgesamt in einer höheren Produktivität niederschlagen.

Kanzlerberater Hombach hat die Umbaupläne auf den Punkt gebracht: Bisher habe man versucht, die Beschäftigungsverhältnisse dem Sozialsystem anzupassen. Nun müsse der Sozialstaat den neuen Realitäten auf dem Arbeitsmarkt angepaßt werden: *»Alle Versuche, die Flexibilisierung am unteren Ende des Arbeitsmarkts produktiv zu nutzen, sind vergeblich, wenn es uns nicht gelingt, die sozialen Sicherungssysteme von den Normalitätsannahmen der lebenslangen Vollzeitwerbstätigkeit und der ›Normalfamilie‹ – mit erwerbstätigem Vater, Hausfrau und Kindern – abzukoppeln. (...) Und die Nutzung ›irregulärer‹ Beschäftigung für neue Brücken in den Arbeitsmarkt wird nur gelingen, wenn die Arbeitsaufnahme für einen Sozialhilfeempfänger nicht die Konfiszierung jeder*

---

6) Siehe dazu die Darstellung der verschiedenen Grundsicherungsmodelle in ak Nr. 421: Christian Brütt: Linksradike Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz.



*selbst dazuverdienten Mark durch leistungsfeindliche Anrechnungsvorschriften der Sozialhilfe bedeutet, sondern der Zuverdienst ein echter Anreiz wird.»<sup>7</sup>*

Ein weiteres, oft unterschätztes Argument für die Umstellung auf Grund-sicherung ist die Entwicklung der Nicht-Arbeit im Alter. Die Rentenzahlungen sind insgesamt doppelt so hoch wie die Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe zusammen. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung und des relativen Rückgangs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung müßten entweder die Beitragssätze steigen oder die Renten gekürzt werden. Daher plädieren immer mehr Experten für die Einführung einer steuerfinanzierten Mindestrente – was sich im Rahmen eines allgemeinen Mindesteinkommens leichter durchsetzen ließe.

Warum sollte es rot-grün gelingen, einen so weitgehenden Umbau des Sozialstaats durchzusetzen, wenn die Kohl-Regierung daran scheiterte? Im Unterschied zu den des »Neoliberalismus« verdächtigen Christdemokraten greift rot-grün die verbreitete Kritik an neoliberalen, sprich US-amerikanischen, Ver-hältnissen auf und propagiert ihre Modelle als bewußte Kritik an den neoliberalistischen Übertreibungen.<sup>8</sup> Bei der unvermeidlichen Modernisierung der Wirt-schaft solle ein Mindestschutz für die Proletarier gesichert werden, damit es nicht so schlimm wie in den USA kommt. Das ist nicht bloße Rhetorik, es gibt reale Unterschiede zwischen dem sogenannten »rheinischen Kapitalismus« und dem »neo-amerikanischen« Modell. Soziale Absicherung und gewerkschaftliche Regulierung galten der deutschen Exportwirtschaft als entscheidender Produk-tivitätsfaktor, auf den sie nicht verzichten will. Aber die Aufteilung zwischen staatlicher Absicherung und privater Vorsorge soll neu bestimmt werden.

Indem uns diese Politik vor dem Horror des Neoliberalismus bewahrt, schafft sie angeblich die Grundlagen eines »neuen Gesellschaftsvertrags«. Das »Bündnis für Arbeit« ist *eine* Form, um diesen Konsens herbeizuführen (das Aufgreifen der aus der Arbeitskritik hervorgegangenen neuen Ideologie von Subsistenzwirtschaft und Alternativbetrieb eine andere!). Im Rahmen der Bündnisgespräche sind z.B. die Gewerkschaften bereit, über die Subventionierung von Billigarbeit zu reden, was sie beim Kombi-Lohn-Modell der letzten Regierung noch ablehnten.<sup>9</sup> Im selben Ge-spräch äußerte sich der IG Metall-Chef auch ungefragt zum notwendigen Zwang, mit dem Arbeitsangebote, insbesondere für Jugendliche, verbunden sind: »Wenn

---

7) Bodo Hombach, *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*, München 1998.

8) Die Kritik am *Neoliberalismus* ist eine der wirksamsten Konsensstrategien, über die ein positiver Bezug auf den kapitalistischen Nationalstaat hergestellt und die Kritik am *Kapitalismus* vergessen gemacht wird. Siehe: Richard Greeman, Brief an alle Freunde der Zapa-tisten oder »Gefährliche Abkürzungen«, in: *Wildcat-Zirkular*, Nr. 40/41, Dezember 1997.

9) »Jeder muß auch geben«. Interview mit Zwickel im *Spiegel* 8/1999.

*es ausreichende Angebote gibt, kann es auf Dauer keine Wahlfreiheit geben zwischen der Ablehnung von Lehrstellen und dem Empfangen von Sozialleistungen. Wir (!) müssen jenen Jugendlichen, die sich diesem Angebot verweigern, wohl oder übel die Sozialhilfe streichen.«*

Im Moment kann niemand genau sagen, wie sich welche sozialrechtlichen Änderungen auf das Verhalten der Unternehmer und der Proletarier auswirken. Selbst die ChefökonomInnen gestehen ein, daß sie die weltweite Krise des Kapitalismus nicht mehr verstehen. Woher sollen da Sozialpolitiker wissen, was zu tun wäre. Aufgrund der Offenheit der Situation kann sich ein (ehemals) linksradikaler Diskurs mit eigenen »realistischen« Forderungen an den Sozialstaat einbringen.

## **4. Illusionen über Sozialstaat und Klassengesellschaft**

### **Aus dem Bauch heraus ...**

Die Auffassungen vom Sozialstaat, die in den Diskussionen über das Existenzgeld unterstellt werden, beruhen in erster Linie auf den eigenen Erfahrungen und dem Umgang mit Sozialleistungen. Die in den 70er Jahren entwickelte Kritik des Sozialstaats gerät darüber in Vergessenheit. Der Sozialstaat wird weder historisch noch tagespolitisch in Bezug zum Klassenverhältnis und zum Klassenkampf gesehen, sondern an den eigenen Möglichkeiten zu einem Leben mit möglichst wenig Arbeit gemessen. Mit dem Scheitern der proletarischen Kämpfe in den 70er Jahren war die Strategie des kollektiven *Kampfs gegen die Arbeit* durch das individuelle Verhalten und die *Lebensweise der Verweigerung* der Arbeit ersetzt worden. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Bafög oder gelegentliches Jobben bei hohen Stundenlöhnen, verschafften den Subjekten der »neuen sozialen Bewegungen« die freie Zeit für ihre politischen Aktivitäten. Die Ablehnung regelmäßiger Lohnarbeit wurde zu einem verbreiteten Lebensgefühl in diesen Bewegungen, aber es gab keine Verbindungslinien mehr zum Kampf gegen die Arbeit in der Produktion. »Autonom« wurde zu einem Ausdruck der Abtrennung von den Konflikten in der Ausbeutung. Bis auf den Streß auf den Ämtern und die ständigen Sparmaßnahmen erschien der Sozialstaat als eine ganz passable Einrichtung.

### **... wird der Charakter des nationalen Sozialstaats vergessen ...**

Dem entsprachen zwei gängige Vorstellungen: Sozialleistungen seien arbeitsfreies Einkommen und dies sei möglich, weil der Sozialstaat von der Arbeiter-

bewegung »erkämpft« worden sei. So wurden die Illusionen reproduziert, mit denen der Sozialstaat das Klassenverhältnis verschleiert.

Historisch betrachtet war der Sozialstaat zuallererst ein Bollwerk gegen die revolutionäre Drohung. Die »soziale Frage« wurde vom Bürgertum seit dem Vormärz thematisiert, als »die gefährlichen Klassen« die Gesellschaftsordnung bedrohten. Mit dem Ausdruck »soziale Frage« wurde der Klassenantagonismus begrifflich entschärft und seine prinzipielle Lösbarkeit durch Sozialreform unterstellt. Ein staatlicher Schutz sollte garantieren, daß die Proletarier ihre Arbeitskraft dauerhaft zur Verfügung stellen – ohne zu revoltieren *und* ohne wegzusterben.

Es gab auch andere Modelle: das Bürgertum forderte die Arbeiter auf, Rücklagen für Notzeiten zu bilden, woraus die Sparkassen entstanden. Die Organisationen der Arbeiterbewegung richteten eigene Hilfskassen ein, um die Solidarität zu fördern. Sie kritisierten die Einführung staatlicher Kassen und sahen in ihnen eine *Enteignung* ihrer eigenen Kassen. Während in Deutschland Bismarck eine rein staatliche und gegen die Arbeiterbewegung gerichtete soziale Sicherung durchsetzte, wurden in anderen Ländern die gewerkschaftseigenen Kassen durch den Staat bezuschußt. Auch darüber wurde die Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat eingebunden, aber das Festhalten an der Kontrolle über die eigenen Kassen enthielt noch das Bewußtsein vom Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und staatlich geregelter Reproduktion.

Denn die Einführung sozialer Leistungen ist stets mit der **Kontrolle** und Überwachung der proletarischen Individuen verbunden: wer Sozialleistungen beansprucht, muß als Staatsbürger registriert sein, er muß seine bisherigen Arbeitsverhältnisse und Ausbildungen offenlegen usw. usw..

Die sozialstaatlichen »Errungenschaften« sind Verhinderungsmittel von Selbstbewußtsein und kollektiven Kämpfen. Der Staat tritt an die Stelle unserer Selbsttätigkeit, atomisiert uns durch das bürgerliche Recht und individuelle Geldzahlungen. Der Kapitalismus beruht darauf, daß wir ständig von neuem von dem Reichtum abgetrennt werden, der auf unserem gesellschaftlichen Zusammenwirken beruht. Der Sozialstaat sorgt dafür, daß wir das hinnehmen und uns als vereinzelte Individuen verhalten.

Erst der Sozialstaat vollendete das Projekt der **Nation**. Zunächst hatten die Proletarier tatsächlich kein »Vaterland« – mit dem Anspruch auf soziale Leistungen von »ihrem« Staat wurden sie zu »Bürgern« der Nation. Die deutschen Gewerkschaften erreichten ihre staatliche Anerkennung im Ersten Weltkrieg, als sie im Rahmen des »Burgfriedens« in die Verwaltung der nationalen Wirtschaft eingebunden wurden und sich für die Disziplinierung der ArbeiterInnen zuständig erklärten. In anderen Ländern Europas mußten die gewerkschaftseigenen Kassen – sofern es sie noch gab – während der NS-Besatzung an den Staat abgegeben werden.

Wer an den Sozialstaat appelliert, kommt um den positiven Bezug auf den Nationalstaat nicht herum. Den Vertretern der Existenzgeldforderung ist das Problem bewußt, in ihren aktuellen Thesen<sup>10</sup> heißt es: *»Ein Existenzgeld, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sichert, steht allen Personen, die dauerhaft in der BRD leben, unabhängig von Nationalität oder Aufenthaltsstatus, in gleicher Höhe zu ...«*. Was ist damit gewonnen? Die Spaltung wird von der »Nationalität« auf den »dauerhaften Aufenthalt« verschoben, der Staat müßte wie bei Stichtagsregelungen zur Legalisierung kontrollieren dürfen, wer hier seit wann lebt. Die Thesen gestehen ein, daß sich *»die Diskussion hier und heute ... auf unsere nationalen und europäischen Gegebenheiten beschränken«* muß. Sie muß es, weil sie Forderungen an den Sozialstaat richtet, statt von den Kämpfen der Proletarier überall auf der Welt auszugehen. Der Sozialstaat hatte nicht nur der Arbeiterbewegung ihre eigenen Hilfskassen geraubt und sie von staatlicher Anerkennung abhängig gemacht, er hatte auch ihren Internationalismus untergraben – wie sich 1914 zeigte.

### **... und zu arbeitsfreiem Einkommen uminterpretiert**

Die Behauptung, das Existenzgeld habe aufgrund seiner Abkopplung von Lohnarbeit eine antikapitalistische Dimension, knüpft an der zweiten Illusion über den Sozialstaat an: er gewähre arbeitsfreies Einkommen. Für das kapitalistische Klassenverhältnis kommt es nicht darauf an, daß jede und jeder einzelne sein ganzes Leben lang zur Arbeit gezwungen wird, sondern daß im gesellschaftlichen Maßstab genügend Arbeit für die Kapitalverwertung mobilisiert wird. Für diesen gesamtgesellschaftlichen Arbeitszwang war es schon immer wichtig, daß der Sozialstaat als ein Moment der Spaltung und Hierarchisierung ausgeformt wurde. In dieser Logik liegt auch das Existenzgeld, weil es nicht die Abtrennung vom Reichtum aufhebt, sondern nur eine unterste Auffanglinie darstellt, *»ein faktischer Mindestlohn, unter dem niemand arbeiten muß«*.<sup>11</sup> Wer mit der bloßen Existenzsicherung nicht zufrieden ist, muß nach wie vor *arbeiten!*

In der Herausbildung des Sozialstaats war es wichtig, zwei verschiedene Prinzipien gegenüberzustellen: Versicherung und Fürsorge. Damit wurde eine scharfe Trennlinie zwischen »Paupern« und »Arbeitern« gezogen. Während die einen von (staatlichen) Almosen abhängig sind, wird den anderen mit dem

---

10) Beschlußfassung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen vom 23.5.98, nach: Arbeitslosenzeitung *Quer* 6 / 1998.

11) BAG-Erwerbslose, *Plattform für eine andere Arbeit*, Januar 1999.

Versicherungsprinzip die Illusion vermittelt, sie würden im Alter oder bei Arbeitslosigkeit von ihren eigenen Ersparnissen leben und seien damit genauso »selbständig« wie die Bürger, die von ihrem Eigentum leben. Dieser Versicherungsfetisch knüpft am Lohnfetisch an und verschleiert wie dieser den Tatbestand der Ausbeutung. Die Aneignung fremder Arbeit durch den Kapitalisten erscheint im Lohn als gerechter Tausch zwischen Arbeit und Geld.<sup>12</sup>

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, einer hohen Rotation auf dem Arbeitsmarkt und dem Haß auf lebenslange Maloche ist das Modell von staatlicher Versicherung und staatlicher Fürsorge in die Krise geraten. Wer genug Geld hat, versucht sich privat abzusichern. Auf der anderen Seite fallen immer mehr Proletarier aus dem Netz der Sozialversicherungen heraus und sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Konstruktion der Sozialversicherung war von Vollbeschäftigung und nur konjunkturellen Beschäftigungskrisen ausgegangen; die extrem diskriminierend gestaltete Sozialhilfe war nicht für die massenhafte Absicherung bei Arbeitslosigkeit vorgesehen. Von den Politikern wird die Krise des Sozialstaats im Fehlen von »Leistungsanreizen« und in seinem »Legitimationsverlust« gesehen.

Beides muß im Zusammenhang gesehen werden: 1.) Um den »Anreiz« zur Arbeit zu erhöhen, sollen die Leistungen so umgestaltet werden, daß auch schlecht bezahlte Arbeit zu einer deutlichen Einkommenssteigerung führt. Zu dem Zuckerbrot der »Anreize« gehört wie stets auch eine Peitsche: workfare-Programme gegen Jugendliche oder Arbeitsverweigerer. 2.) Die vorübergehende Inanspruchnahme von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe soll von ihrem diskriminierenden Charakter befreit werden (weg mit dem Streß auf den Ämtern!), damit die Menschen bei ihren Sprungversuchen in Selbständigkeit oder prekäre Jobs nicht entmutigt werden. Das Mindesteinkommen müsse daher als ein allgemeines »Bürgerrecht« definiert werden. Im Gegenzug könnten bisherige Sozialversicherungsleistungen, z.B. die Renten, gekürzt werden, da der Trend ohnehin zur privaten Vorsorge geht.

Die Realitätstauglichkeit und Politikfähigkeit der linken Existenzgeldforderung beruht darauf, daß sie am zweiten Begründungstrang (»Bürgerrecht«) anknüpfen kann – und den ersten (»Arbeitsanreiz«) ausblendet.

---

12) Im Begriff »Ausschluß« wird die verkehrte Erscheinungsform übernommen. Die »Ausgeschlossen« können sich nicht über Lohnarbeit reproduzieren, während ein Arbeitsplatz die Möglichkeit zur »Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum« biete. Hinter dem Begriffspaar »Ausschluß – Einschluß« verschwindet das Klassenverhältnis. Das Elend der Ausbeutung wird zur »Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum« umgedichtet. Die Begriffe werden in linken Debatten übernommen, statt den Kapitalismus als Klassengesellschaft zu kritisieren.

## 5. Vom »politischen Lohn« zum Existenzgeld

Die Kritik am Existenzgeld wird von einigen Gruppen mit dem Argument vom Tisch gewischt, es gehe um den mobilisierenden Charakter der Forderung. Weil das Existenzgeld im Kapitalismus utopisch sei, könnten damit die Massen für eine antikapitalistische Politik in Bewegung gebracht werden. Im Grunde gehe es nicht um die Forderung, sondern um eine Strategie der direkten Aneignung.<sup>13</sup> Dabei wird auf die Diskussion Anfang der 80er Jahre oder auf das Konzept des »politischen Lohns«, wie es in Italien in den 70er Jahren formuliert wurde, verwiesen. Der »politische Lohn« erscheint als die radikalste Variante, weil er im Umfeld militanter Massenarbeiterkämpfe und breiter Aneignungsbewegungen auftauchte. Damals wie heute geht es dabei um unser Politikverständnis – wie sehen wir die Rolle der politischen Organisation?

Die Klassenkämpfe in Italien hatten seit Ende der 60er Jahre die Fesseln der gewerkschaftlichen Kontrolle gesprengt. Die Lohnforderungen ordneten sich nicht länger der kapitalistischen Konjunktur unter, sondern zerbrachen die Kopplung des Lohns an die Produktivität. Darin lag die materielle Realität der Arbeiter*autonomie*. Die Kämpfe der Massenarbeiter bildeten die Grundlage der proletarischen Macht, die auf das Territorium ausstrahlte: Verweigerung von Miet- oder Stromzahlungen, Hausbesetzungen, kostenloses Einkaufen usw.. Der »politische Lohn« sollte die Kämpfe zusammenfassen und vereinheitlichen. »*Garantierter Lohn außerhalb der Fabrik bedeutet, dazu überzugehen, sich die Waren zu nehmen; bedeutet die Aneignung durchzuführen.*«<sup>14</sup>

Während die Theoretiker von *Potere Operaio* (*Arbeitermacht*) diese Strategie als Ausweitung des Kampfs auf die gesamte Gesellschaft begründeten, markierte sie in Wirklichkeit eine Reaktion auf die Grenzen der Lohnkämpfe und den Rückzug aus der Fabrik. Der Verlust der proletarischen Machtbasis in der Produktion wurde von Toni Negri mit einem theoretischen Trick in ein Moment neuer Stärke umgedeutet. In der Schrift *Krise des Plan-Staats, Kommunismus und revolutionäre Organisation*, die 1971 als Beilage zur Zeitschrift *Potere Operaio* erschien, verkündete er das Ende des Wertgesetzes und damit jeglicher materiellen Basis der kapitalistischen Herrschaft.<sup>15</sup> Der Kommunismus sei aktuell, weshalb »*jede Übergangsstufe übersprungen werden*« müsse. Die neuen Be-

---

13) Zum Beispiel heißt es in der *Arranca* Nr. 15: »*Die Forderung nach Existenzgeld soll als eine radikale Aneignung diskutiert werden, wo sich die Interessen von Erwerbslosen, Flüchtlingen, Beschäftigten und Hausfrauen treffen.*«

14) *Wir Wollen Alles*, Nr. 19.

15) Auf deutsch: Toni Negri, *Krise des Planstaats. Kommunismus und revolutionäre Organisation*, Merve, Berlin 1973.

wegungen im Territorium würden dies bereits ausdrücken: »Die Aneignung ist die eigentümliche Qualifizierung des Klassenverhaltens gegenüber dem Staat des nicht mehr geltenden Wertgesetzes.« Aufgabe der revolutionären Bewegung sei es daher, die ohne materielle Basis zurückgebliebenen politischen Herrschaftsstrukturen abzuräumen, »die Insurrektion [steht] auf der Tagesordnung«.

In den Jahren danach sah Negri das neue Subjekt dieses Angriffs als den »gesellschaftlichen Arbeiter«, im Unterschied zum Massenarbeiter der Fabrikproduktion.<sup>16</sup> Er sprach damit die Subjekte der neuen Jugendbewegungen an, die sich in Italien zur Revolte von 1977 verdichteten. Die Abschottung der sozialen Revolte vom Klassenkampf, von der Masse der MehrwertproduzentInnen, die Negri in seiner Theorie ausgedrückt und legitimiert hatte, war die Geburtsstunde der »organisierten Autonomie«. Sie ist der Inhalt aller Strömungen, die sich seitdem als »autonom« bezeichnen. Heute dient Negris Theorie des »gesellschaftlichen Arbeiters« und der schon außerhalb des Kapitals stehenden Produktivität der »immateriellen Arbeit« den »Autonomen« in Frankreich und Italien dazu, sich der Kampagne für ein garantiertes Mindesteinkommen anzuschließen.

Die Parole vom »politischen Lohn« war also nicht die Verallgemeinerung des Kampfs aller Ausgebeuteten, sondern ein Programm der Abtrennung und des Heraustretens aus dem Konflikt um die Ausbeutung. Nur in einem avantgardistischen und leninistischen Sinne konnte der »politische Lohn« als allgemeine Strategie ausgegeben werden. In der erwähnten Beilage von *Potere Operaio* weist Ferruccio Gambino der Forderung eine zentrale vereinheitlichende Rolle zu: »... politische(r) Lohn (bedeutet), ... daß (die) offensiven, defensiven und auch reaktionären Kräfte dem kapitalistischen System entzogen und in Elemente politischer Klassenorganisation transformiert werden. Der politische Lohn muß die Überwindung jener Widerstandsformen ermöglichen.«<sup>17</sup> Hier zeigt sich ein leninistisches Verständnis von Avantgarde: die Klasse führt zwar vielfältige Kämpfe, aber sie entwickelt keine eigenen Lernprozesse. Die Vereinheitlichung und politische Weiterentwicklung muß über eine politische Organisation laufen. Daher ist es so wichtig, eine zentrale *Forderung* zu haben: der »politische Lohn« tritt an die Stelle der nicht stattfindenden Lern- und Homogenisierungsprozesse.

---

16) Zur Kritik siehe Roberto Battaglia: Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die »neue Klassenzusammensetzung«, in: *Wildcat-Zirkular* Nr. 36/37, April 1997; und Steve Wright: Negris Klassenanalyse – Die Metaphysik des »gesellschaftlichen Arbeiters«, in: *Wildcat-Zirkular* Nr. 40/41, Dezember 1997.

17) In: *Negri, Krise des Planstaats ...*, a.a.O., S. 59.

## Schluß: Selbstbefreiung statt Politik

Mit derselben Auffassung vom Verhältnis zwischen proletarischer Bewegung und politischer Organisation wird heute der Vorschlag zur Organisierung um eine zentrale Forderung herum begründet: »... wir wissen, daß neue proletarische Bewegungen kaum noch am (prekären und flexibilisierten) Arbeitsplatz entstehen werden. Sie können sich eigentlich nur noch in konkreten politischen Kämpfen konstituieren, wo Solidarität im gemeinsamen Projekt (und nicht wie früher am Arbeitsplatz) erfahren wird.«<sup>18</sup> Am Ausgangspunkt steht die Gewißheit, daß es angesichts von »Postfordismus« und »diffuser Fabrik« selbständige Kämpfe nicht mehr geben kann. Statt die Theorien des Postfordismus zu hinterfragen und ihren positiven Bezug auf die kapitalistische Entwicklung zu kritisieren, dienen sie als theoretische Phrase, mit der die Notwendigkeit begründet wird, die atomisierten Subjekte von oben herab zu mobilisieren und zu vereinen. Die Forderungen knüpfen nicht an den realen Kämpfen an, sondern werden aus einem abstrakten Bezug auf das Einkommen und den Staat begründet.<sup>19</sup> Damit bleibt nur, sich selber als Stellvertreter und Politiker in Veränderungsprozessen zu sehen.

Mit dem Einwand, die proletarische Zersplitterung sei so groß, daß nur ein zentrales politisches Projekt sie von außen überwinden könne, waren Interventionsversuche, die von der Fähigkeit zur Selbstbefreiung ausgingen, schon immer konfrontiert. In Bezug auf ihre politische Arbeit mit Immigranten schrieb die Gruppe »Arbeitersache München« 1973: »Viele Genossen haben Bedenken gegen diesen Ansatz, weil die ausländischen Arbeiter oft den Arbeitsplatz wechseln, nicht stetig an einem Arbeitsplatz bleiben. Wir sagen: das ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Wenn wir davon ausgehen, daß die Arbeiter in der Lage sein werden, Kampf- und Handlungsmuster zu entwickeln, dann sind wir auch

---

18) Der schwierige Weg zu einem europ. Kampf gegen das Kapital, in: *Arranca* Nr. 14.

19) In der Vorbereitung der Konferenz für Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung ist diese Herangehensweise von einem Mitglied der Gruppe »Blauer Montag« deutlich kritisiert worden: »Doch alle so entwickelten Forderungen und Parolen – sei es die Existenzgeldforderung oder irgendeine andere – bleiben blutleer und hohl. Und zwar eben nicht, weil sie ›falsch‹ wären, sondern weil sie kein Ausdruck eines sich artikulierenden sozialen Bedürfnisses sind. ... Vor der Diskussion um die Sinnhaftigkeit der einen oder anderen Forderungen muß daher über die real existierenden oder eben nicht existierenden Bewegungen gesprochen werden, über die Subjekte und TrägerInnen sozialer Kämpfe, über soziale Bedürfnisse und über die eigenen Erfahrungen und Gehversuche im sozialen Terrain. (...) ›Klassenpolitik‹ heißt somit (...) erstmal, sich auf diesen sozialen Prozeß zu beziehen bzw. sich als Teil dieses Prozesses zu begreifen und in ihm Emanzipationsinteressen, d.h. das Bedürfnis nach umfassender Befreiung, nach Kommunismus zu artikulieren.« In: »Die Existenzgelddiskussion vom Kopf auf die Füße stellen! Einige Anmerkungen und Vorschläge zur März-Konferenz« – auf der Webseite von Fels: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels>.



*der Ansicht, daß jede Verbreitung dieser Erfahrungen durch Mobilität den Klassenkampf weitertreiben wird. Und wir sind überzeugt, daß all die Widersprüche in steigendem Maß Kämpfe hervorbringen werden, bei denen wir eine verallgemeinernde, gewissermaßen ›synthetisierende‹ Funktion haben. Ein Modell das glaubt, nur dadurch, daß jemand 10 Jahre in einer Abteilung subversiv arbeitet, entstünde Kampfbereitschaft, geht an der heutigen Realität der Großbetriebe vorbei. Es unterstellt aber auch, daß das Proletariat nicht über ein Wissen von den Kampfformen verfügt, sondern sie ihm sehr langsam nahegebracht werden müssen. Das stimmt nicht - dieses Wissen ist vorhanden, aber es ist von vielen Schleiern verdeckt, an deren Lüftung wir mitarbeiten.«<sup>20</sup>*

So oder ähnlich ließen sich unsere Aufgaben auch heute umschreiben. Witzigerweise werden auch heute als Beleg für die Unfähigkeit der Proletarier, in den »postfordistischen« Produktionsstrukturen noch kämpfen zu können, klassisch gewerkschaftliche Vorstellungen über den Arbeiterkampf herangezogen (jahrelange Erziehungsarbeit in einer Abteilung usw.). Und das von Leuten, die als »Autonome« den Gewerkschaften kritisch gegenüberstanden. Aber sobald sich diese Linken den Beziehungen in der Ausbeutung zuwenden, reproduzieren sie typisch gewerkschaftliche Vorstellungen von Organisation und Lernprozessen und meinen, damit die Kampfmöglichkeiten beurteilen zu können. Die aktuellen Veränderungen werden heute allgemein als »Prekarisierung« bezeichnet, so als wüßten wir dann schon, wovon wir sprechen. Die mit »Prekarisierung« heraufbeschworenen Bilder gehen nicht von der Rolle der lebendigen Arbeit und ihrer Kooperation im Produktionsprozeß aus, sondern markieren nur eine Abweichung von der sozialrechtlichen Norm. Unter diesem Blickwinkel läßt sich nicht erkennen, wie sich durch die Prekarisierung die gesellschaftliche Kooperation ausgeweitet hat – was politisch als Atomisierung erscheint. Die Kämpfe und die Macht der ArbeiterInnen beruhen aber nicht auf rechtlichen Regelungen, sondern auf der kollektiven Aneignung der eigenen Kooperation im Kampf gegen das Kapital.

Der Kommunismus als reale Bewegung liegt in den proletarischen Kämpfen, die heute nicht auf einer geringeren, sondern einer global enorm ausgeweiteten Gesellschaftlichkeit der Produktion beruhen. Das Verrückte an der Diskussion um das Existenzgeld ist, daß in ihr die aktuelle Möglichkeit des Kommunismus, d.h. eines Lebens ohne Arbeitszwang, zu recht unterstellt wird, aber daraus die denkbar schlechteste Schlußfolgerung gezogen wird: nämlich die brüchigen Mauern des globalen Arbeitsgefängnisses auszubessern, statt sie niederzureißen! ■

---

20) Arbeitersache München, Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen, Trikont, München 1973, S. 35.

# Die Aktionen von Arbeitslosen und Prekären in Frankreich im Winter 1997/98

Die Arbeitslosen- und Prekären-Bewegung im Winter 1997/98 hatte wichtige gesellschaftliche Ursachen, aber sie hat weder viel voran gebracht, noch ist es ihr gelungen, die Klassenverhältnisse wirklich auszuloten. Bei den BasisaktivistInnen der Bewegung waren Ohnmachtsgefühle und Illusionen unentwerrbar miteinander vermischt. Ihre berechnete Wut, die von vielen verarmten ProletarierInnen geteilt wird, reichte ihnen schon als Anlaß und Rechtfertigung für perspektivlose Aktionen. Dazu kamen ein berechnender Medienrummel und ein großes Echo auf die Aktionen. Vor diesem Hintergrund hat sich eine Handvoll verzweifelter ProletarierInnen in blinde Kämpfe treiben lassen, die weder massenhaft noch intensiv, dafür aber umso mehr symbolisch aufgeladen waren.

Letztlich konnten die Aktionen die große Masse der Arbeitslosen und Prekären und erst recht die ProletarierInnen mit festem Arbeitsplatz nicht für den Kampf interessieren und sie nicht in die Organisation des Kampfs miteinbeziehen. Bei den Besetzungen der Arbeitsämter,<sup>1</sup> der Büros von ANPE<sup>2</sup> und von EDF-GDF,<sup>3</sup> der Bahnhöfe usw. standen meist wenige AktivistInnen (jeweils zwischen 10 und 30) fast völlig isoliert den ArbeiterInnen und Angestellten gegenüber; und immer haben sich »wohlmeinende« GewerkschafterInnen und Verbandsfunktionäre zwischen die beiden Parteien geschoben und somit jede direkte Begegnung zwischen den Ausgebeuteten verhindert. Natürlich haben die »Arbeitslosenverbände« und die Gewerkschaften zu keinem Zeitpunkt ihre Möglichkeiten genutzt, unter den ProletarierInnen mit »festen« Arbeitsplätzen zu mobilisieren, um sie mit ihren schlechter versorgten KollegInnen zusammenzubringen. Im Gegenteil haben sie die Demos wie üblich als *Ersatz* für die Einheit der Klasse veranstaltet: vorzugsweise am Samstagnachmittag, zur Hauptparadezeit der Gewerkschaftsapparate und ihrer Mitglieder.

Hinter einigen Aktionen standen die radikalen Flügel der mit der Kanalisierung dieser Kämpfe befaßten Verbände (die Besetzungen der *École Normale Supérieure* und der Universitäten von Nanterre und Jussieu, die Almosensamm-

---

1) Assedic = Association pour l'emploi dans l'industrie et le commerce.

2) Agence nationale pour l'emploi = nationales Arbeitsamt.

3) Elektrizitäts- und Gas-Gesellschaft.

lung mit drei Einkaufswagen bei Leclerc in Pantin, das gastronomische Go-In bei La Coupole und Fouquet's). Diese Aktionen waren noch sinnloser, wirrer und überflüssiger: eine billige Darstellung der Bewegung als Spektakel. Sie haben die 68er-Geste als Farce wiederholt, um die weniger disziplinierten und ungeduldierten Teile der Bewegung zu kanalisieren.

Leider haben weder die einen noch die anderen irgendeine Ahnung vom Terrain des Gegners und von dessen spezifischen Unterdrückungsmaßnahmen. Die Aktionen haben nichts dazu beigetragen, im Kampf klarzumachen, in welchen besonderen Ketten der kapitalistischen Unterdrückung der geschwächteste Teil des Proletariats gefangen ist. Wenn der Kampf sich nicht über den Embryonalzustand hinausentwickelt und nicht aus der Sackgasse herauskommt, in die ihn die Ausrichtung auf Demokratie und Konsens geführt hat, sind die von den AktivistInnen gesammelten Erfahrungen aber völlig umsonst gewesen.

Was da auf die Straße ging, war also eine Parodie des Klassenkampfes, und diese ist natürlich weder der herrschenden Gesellschaftsordnung noch den Überresten des Sozialstaats gefährlich geworden. Und trotzdem lagen die Geier der gleichgeschalteten Öffentlichkeit gar nicht so falsch: Die Hartnäckigkeit, mit der sie über Aktionen berichtet haben, an denen auf ihrem Höhepunkt *landesweit* nur ein paar tausend Leute direkt beteiligt waren, sagt viel aus über die Angst, daß die Karikatur unvermittelt in eine Tragödie für die herrschenden Klassen umschlagen könnte. Hinter dem geschickt aufgebauten Popanz, es drohe ein Mai 98 der »Ausgeschlossenen« – was unter den erwähnten Umständen sehr unwahrscheinlich war –, war die Sorge der Kapitalisten zu spüren, daß ihnen ihr ganzes durch immer heftigere Krisen und kümmerliche wirtschaftliche Erholungsphasen zersetztes Gesellschaftsgefüge um die Ohren fliegen könnte.

## Der Staat benutzt die Arbeitslosenbewegung

Aber die Arbeitslosenbewegung war nicht nur schwach, sondern bot – wie immer, wenn der Zorn der ProletarierInnen sich nicht autonom und radikal ausdrückt – den herrschenden Klassen die Gelegenheit, »im Handgemenge« die Grenzen der Unterdrückung neu festzulegen. Indem die französische Regierung einige Krümel (eine Milliarde Francs) vergab, die auf dem Höhepunkt der Besetzungen als Weihnachts-Sonderprämie verteilt wurden und in Einzelfällen (wenn man einen Antrag auf »Nothilfe« stellt) auch weiter erhältlich sind, konnte sie in einem sensibilisierten gesellschaftlichen Umfeld ihre Gesetze zu Jugendbeschäftigung, Ausgrenzung und zur 35-Stunden-Woche an den Mann bringen. Im folgenden listen wir kurz auf, was dahinter steht und was dabei herauskommen soll.

Die Gesetzentwürfe verfolgen drei Hauptziele:

*1) Die negativen Auswirkungen der Jugend- und Langzeit-Arbeitslosigkeit auf den Zusammenhalt der bürgerlichen Gesellschaft sollen gemindert werden.* Die hohe Arbeitslosigkeit am Anfang und am Ende des Arbeitslebens (nach der Schule und ab 50 - 55 Jahren)<sup>4</sup> nimmt den einzelnen ProletarierInnen, auf ihre gesamte »aktive« Zeit gerechnet, jede Hoffnung auf Besserung ihrer Verhältnisse. Sie bekommen zunehmend das Gefühl, daß es immer schwieriger wird, in die Reihen der ArbeiterInnen hineinzukommen, und daß am Ende Verarmung und vorzeitige Vertreibung aus eben diesen Reihen auf sie warten. Dieses mittlerweile weit verbreitete Gefühl erschüttert das Vertrauen in die herrschende Produktionsweise und ihren Staat erheblich. Da das sehr unerfreuliche politische Folgen hat (enttäuschte Wähler, Mißtrauen gegenüber den Institutionen, Revolten, Streiks usw.), versuchen viele Regierungen, vor allem diese beiden Arten von Arbeitslosigkeit zu vertuschen, ohne die Zwänge des Arbeitsmarkts außer Kraft zu setzen. Dazu werden verschiedene Maßnahmenpakete aufgelegt. Für die Jugendlichen: Verlängerung der schulischen (Abi für alle) und der schulähnlichen Ausbildungszeit (Praktika aller Arten), Ausweitung von unterqualifizierter »atypischer« Beschäftigung (Zeitverträge, teilweise oder ganz subventionierte Arbeitsplätze, Teilzeit, Saisonarbeit, flexible Arbeitszeit, Wochenendarbeit, bezahlte Praktika usw.), Absenkung der Einstiegsgehälter; für die Langzeitarbeitslosen: Teilrente oder Frührente, Langzeitfortbildung, sogenannte gemeinnützige Beschäftigung, vom Staat gesteuerte und finanzierte Vermittlung in »atypische« Beschäftigung, was früher fast ausschließlich den Jugendlichen vorbehalten war. Das soll die Illusion verbreiten, diese Leute seien der Hölle der Arbeitslosigkeit entrisen und hätten als vollständig Ausgebeutete »ihre Würde wiedererlangt«.

*2) Die Flexibilität des Arbeitsmarkts soll erhöht und die Kosten der dequalifizierten Arbeit sollen gesenkt werden.* Bekanntlich beschwerten sich die Unternehmer unentwegt über die zu hohen Kosten der Arbeitskraft und verlangen immer üppigere Haushaltsgeschenke (Besteuerung der Löhne und Steuerentlastung für die Unternehmer). Die Regierungen wiederum bauen ständig Sozialleistungen ab, um deren Forderungen zu befriedigen, während sie den Proletariern gleichzeitig mehr oder weniger große Portionen Ideologie verabreichen, bis sie den Bissen ohne Protest runterschlucken. Das war schon immer eine Spezialität der ans Staatsruder gekommenen Linken; und sie ist es noch heute:

\* Mit dem Gesetz zur Jugendbeschäftigung erfindet die Linke die langfristige (auf fünf Jahre) befristete Arbeit; junge ProletarierInnen, die solche Jobs

---

4) In Frankreich war 1995 die Hälfte der 15- bis 25jährigen arbeitslos; von denen, die Arbeit hatten, waren 20 Prozent in einem »atypischen« Arbeitsverhältnis und 16 Prozent in Teilzeit beschäftigt. 1997 waren 35 Prozent der 50- bis 59jährigen und fast die Hälfte der 55- bis 59jährigen nicht mehr berufstätig.

annehmen, stellen fest, daß ihr wirklicher Eintritt in die Lohnarbeit um mindestens fünf Jahre verschoben wird. Sie werden auf (fast völlig) unqualifizierten Arbeitsplätzen zu Löhnen auf SMIC-Niveau<sup>5</sup> beschäftigt.

- \* Mit dem »Gesetz gegen den Ausschluß« versucht die Linksregierung, die Arbeitslosen stärker dem Arbeitsmarkt anzuliefern, mehrere Zwangsmaßnahmen sollen die Arbeitslosen letztlich dazu bringen, jede Arbeit zu beliebigen Bedingungen anzunehmen.
- \* Mit dem 35-Stunden-Gesetz, das angeblich 115 000 neue Arbeitsplätze schafft, greift die Linke die »Leerzeiten« an (das Gesetz unterscheidet zwischen vertraglicher und effektiver Arbeitszeit), setzt eine allgemeine Senkung der Überstundenbezahlung durch, weil die Überstunden Teil der tariflichen Arbeitszeit werden (Ausweitung der »atypischen« Arbeit), streicht den Mindeststundenlohn und spaltet ihn auf (zwei SMICs: 35- und 39-Stunden), beseitigt die tägliche Regelarbeitszeit (Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit, allgemeine Einführung von Wochenendschichten, Nacharbeit, Saisonarbeit), ermutigt aufs schärfste die Senkung des Nominallohns »als Gegenleistung für die Sicherung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen« und verkündet in all diesen Fällen einen unbefristeten Lohnstop.

Auch wenn die Spezialisten der Prognose-Institute noch nicht beziffert haben, wieviel die Unternehmen durch diese Maßnahmen insgesamt an Kosten für die Arbeitskraft einsparen werden, gehen wir jede Wette ein, daß sie unterm Strich auf jeden Fall gewinnen.

3) *Arbeitslose sollen auf Arbeitsplätze gesetzt werden.* Dieser Punkt wird oft unterschätzt, ist aber sehr wichtig. Seit der letzten zyklischen Krise in Frankreich Anfang der 90er Jahre stagnieren die Reallöhne – für viele Beschäftigtengruppen sind sie sogar gesunken; die konjunkturelle und die sogenannte technologische Arbeitslosigkeit ist in schwindelerregendem Tempo angewachsen;<sup>6</sup> prekäre Jobs

---

5) SMIC = salaire minimum interprofessionnel de croissance = dynamischer Mindestlohn.

6) Hinter diesem sehr modischen »Begriff« verbirgt sich ein doppelter Tatbestand. Zum einen ist in Frankreich die Arbeitsproduktivität schneller gewachsen als der Binnenmarkt. Wie ihre ausländischen Kumpane es ihnen vorgemacht haben, haben die großen französischen Konzerne sich verstärkt internationalisiert und viele neue Produktionsstätten dort errichtet, wo sich die Märkte schneller als in Westeuropa entwickeln. Im Gegensatz dazu dienten die Investitionen in Frankreich weniger der Ausweitung der Produktionskapazitäten als der Rationalisierung und Modernisierung der bestehenden Anlagen. Dahinter steht vor allem die weiter andauernde Lähmung des Binnenmarktes, der sehr viel weniger als früher durch staatliche Ausgaben gestützt wird (seit 1993 sind die öffentlichen Ausgaben bezogen  
(Fortsetzung...)

und Schwarzarbeit greifen um sich;<sup>7</sup> die Zeitarbeit mit täglicher, wöchentlicher oder jährlicher Verfügbarkeit (Wochenendarbeit, Überstunden, Saisonarbeit, Nachtarbeit usw.) nimmt zu. All das hat sich stark auf die Moral der Proletarier ausgewirkt und sie deutlich zahmer und resignierter gemacht. Aber trotz allem haben die ArbeiterInnen mit einem festen »traditionellen« (also nicht allzu beschissenen) Arbeitsplatz immer noch das Gefühl, daß der Dschungel vor ihrem eigenen Arbeitsplatz halt macht. Das soll sich ändern: Nun können auch »Arbeitslose« beschäftigt werden.

Die Regierung Jospin hat also gute Chancen bei ihrem ehrgeizigen Plan, die vielen Schwächen dieser Arbeitslosen-Minirevolte auszunutzen, um den Arbeitsmarkt weiter zu flexibilisieren. Und sie hat wie ihr britisches Vorbild gute Aussichten bei dem gefährlichen Kraftakt, die Schranke zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit teilweise niederzureißen. Von nun an kann jeder Arbeitslose *als Arbeitsloser* beschäftigt werden. Jeder Arbeitslose kann in Zukunft in der Warenproduktion oder in der Reproduktion der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse (z.B. als Hilfspolizist, als Schulaufsehergehilfe usw.) eingesetzt werden, ohne deshalb ein Deut weniger schutzlos zu sein oder nicht mehr als Pauper gebrandmarkt zu werden. Und jeder regulär Beschäftigte wird genau merken, wie wenig ihn noch vom Arbeitslosen unterscheidet.

---

6)(...Fortsetzung)

auf das Bruttoinlandsprodukt in Frankreich langsam gesunken: von 55,2 Prozent des BIP 1996 auf 54,7 Prozent 1997).

Zum anderen hat die Mechanisierung eines Großteils der Kopfarbeit und die gestiegene Automatisierung der Handarbeit durch die massive Einführung neuer elektronischer Werkzeuge (Informatik, Telekommunikation) viele Berufe (z.B. Schreibkräfte, Buchhalter usw.) endgültig beseitigt und ganze damit verbundene Bereiche der Handarbeit abgeschafft. Heute verschwinden jedes Jahr 40 000 Arbeitsplätze von Sekretärinnen oder Verwaltungsangestellten. Das Ergebnis: In Frankreich ist nach einer kürzlich erschienenen DARES-Studie [Diréction des Études du Ministère Français du Travail; Forschungsabteilung des Arbeitsministeriums] die Beschäftigung zwischen 1990 und 1997 quasi stabil geblieben (Zunahme um 0,1 Prozent). Nur die Dienstleistungen mit geringer technischer Kapitalzusammensetzung haben zwischen 1990 und 1997 (um 8 Prozent) zugenommen, während gleichzeitig die Beschäftigung in der Industrie und am Bau um 13,5 bzw. 17 Prozent zurückging. Die Zahl der ungelerten ArbeiterInnen in diesen beiden Bereichen sank noch stärker als der für den jeweiligen Bereich genannte Durchschnitt. Auch liegt die Arbeitslosigkeit unter den ungelerten ArbeiterInnen mit 23,6 Prozent beinahe doppelt so hoch wie die der gesamten aktiven Bevölkerung.

7) Nach Schätzungen der EU macht die Schwarzarbeit ungefähr 10 Prozent des BIP aus.

## Herrschende Ideologien für die Arbeitslosen und Prekären

Die offizielle Szene der gegenwärtigen Bewegungen wird von zwei ideologischen Strömungen monopolisiert: Schematisch gesagt gibt es einerseits den klassisch sozialdemokratischen und stalinistischen *Travaillismus*<sup>8</sup> und andererseits die christliche Tradition von Solidarismus und Hilfeleistung. Dann gibt es jeweils noch eine extreme Variante: bei den *Travaillisten* die Trotzlisten mit dem medienwirksamen Christophe Aguiton (Vorstandsmitglied bei France Télécom, bezahlter Funktionär bei SUD und Gründer von AC!), bei den Christen den »lärmenden autonomen Schmarotzer«, verkörpert von Laurent Guilloteau (treuer Negri-Schüler, ehemaliger Cargo-Aktivist, AC!-Vorstandsmitglied, unermüdlicher Initiator von medienwirksamen Aktionen in Paris wie Fakultätsbesetzungen, umsonst Essengehen in den großen Restaurants usw.).

### 1. Der französische Travaillismus und seine Ausläufer

*»Wir sind Kinder einer Gesellschaft, einer Zivilisation, in der die Entfaltung der Persönlichkeit, die Herausbildung des gesellschaftlichen Wesens sich durch die Ausübung eines Berufs vollzieht. (...) Arbeit ist sehr viel mehr als die Arbeit als solche, sie ist ein Engagement, welches die Entstehung des menschlichen Wesens ermöglicht (...) Der erste Reflex des Arbeitslosen ist es, sich zu entsozialisieren. (...) Er schließt sich den »Aussätzigen« dieser Gesellschaft an (...) Die einzige mögliche Heilung ist die Reintegration in die Gemeinschaft der menschlichen Arbeit, die schöpft, aufbaut, reflektiert, informiert, erfindet (...)«<sup>9</sup> Diese Äußerungen illustrieren perfekt die *travaillistische* Auffassung von der Lohnarbeit. Keine Spur von Kritik am Wesen der Arbeit, keinerlei Hinweis darauf, wieviel sie zur Entsozialisierung und Individualisierung des Arbeiters beiträgt. Und da Herr Viannet die Lohnarbeit so bewegend preist, gibt es für ihn natürlich auch keine Anerkennung außerhalb der Ketten der Ausbeutung. Und als Verteidiger der Lohnarbeit fordert er natürlich die schnellstmögliche Rückkehr dieser »der Arbeit beraubten« Quasi-Menschen an die Arbeit.*

Die Position der »klassischen« Linken (Trotzkisten, »orthodoxe« Stalinisten und Maoisten) ist zwar nuancenreicher und spitzfindiger, deckt sich aber im

---

8) Im Original »travaillisme«, wörtlich »Arbeitismus«. Gemeint ist die sozialdemokratisch/stalinistische Hauptströmung der traditionellen Arbeiterbewegung, welche die Arbeit ins Zentrum aller Überlegungen stellt und den Sozialismus als großes Arbeitslager »aufbauen« will.

9) Louis Viannet, *Syndicalisme: Les nouveaux défis* [Syndikalismus: die neuen Herausforderungen] - Gespräche des Generalsekretärs der CGT mit Jean-Claude Poitou, S. 44 und 45, Editions VO und Editions de l'Atelier, 1995.

wesentlichen mit der des hohen Staatsfunktionärs Louis Viannet. Von ihren ideologischen Höhen herab versuchen auch sie in erster Linie, die harte Realität der Lohnarbeit zu verschleiern und die Arbeit »vom anthropologischen Standpunkt aus« in den Vordergrund zu stellen: »Die Arbeit [erscheint] als historischer Prozeß des organischen Austauschs zwischen Natur und menschlicher Gesellschaft, als Umwandlung von Energie, als gegenseitige Verwandlung (...)«<sup>10</sup>

Diese Linken, die in den Arbeitslosenverbänden und bestimmten Gewerkschaften sehr präsent sind, bemühen sich darum, eine Verbindung zur anderen ideologischen Seele in den gegenwärtigen Bewegungen, der solidaristischen, herzustellen. Vor allem verbreiten sie die zu jedem Anlaß passende Parole von der Umverteilung der Arbeit (35, 32, 30, 28 Wochenstunden). Sie sind auch gegen die Durchsetzung eines »Arbeitslosenstatuts« (des bei den radikalen solidaristischen Strömungen so beliebten universellen Mindesteinkommens), weil sie es nach wie vor für eine liberale Lösung<sup>11</sup> halten. Sie sind auch in der ersten Reihe beim Kampf zur Neuformulierung des »Bürgerrechts« [citoyenneté] – der Beteiligung am Leben der Stadt [cité] – durch den Zugang aller zu Arbeit.<sup>12</sup>

---

10) Christoph Aguiton und Daniel Bensaïd: *Le retour de la question sociale* (Die Rückkehr der sozialen Frage), Editions Page deux, 1997, S. 21 f.

11) Dem trotzkistischen Professor Bensaïd und dem gewerkschaftlichen France-Télécom-Vorstandsmitglied Aguiton zufolge würde die Forderung »nach einem bedingungslosen und universellen Recht auf ein Einkommen« »1. den Verzicht auf den Kampf für das Recht auf Beschäftigung (auf Vollbeschäftigung) und für massive Arbeitszeitverkürzung legitimieren« und 2. »den Riegel des SMIC sprengen, indem eine institutionalisierte Ausgrenzung entlohnt würde, so daß sie paradoxerweise gleichzeitig eine Kriegsmaschine gegen das System sozialer Sicherung darstellen würde«. (Aguiton/Bensaïd, a.a.O., S. 24 f.). Abgesehen von der offensichtlichen Verlogenheit machen die wenigen Worte, mit denen die beiden Trotzkisten hier ihren Gegner verteufeln, doch deutlich, daß sie wie ihre neue Freunde von der KPF für Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzung (zur Erreichung der Vollbeschäftigung) und Verteidigung des SMIC und des Sozialstaats sind. Das hat schon nichts mehr mit einem Übergangsprogramm zu tun, sondern dürfte ihnen eines Tages den Mitgliedsausweis der Sozialistischen Partei einbringen.

12) »Man will uns unsere heutige Lage als unausweichlich einreden, man ermahnt uns zur Geduld und Unterordnung. Wir hingegen wollen, durch unsere Kämpfe und unsere Forderungen, TrägerInnen einer neuen Hoffnung und einer neuen Perspektive sein: die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, eine freie und gerechte Gesellschaft in der Zukunft, ein Europa und eine Welt, in der Wirtschaft und Politik den Menschen dienen, nicht umgekehrt, und wo alle an den großen Entscheidungen des öffentlichen Lebens beteiligt sind.« (Forderungsplattform, angenommen bei der Zweiten europäischen Sitzung gegen Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung; Brüssel 18. und 19. April 1998, deutsche Fassung zitiert nach Inprekorr 321/322).



Die Bewegungen und Organisationen der ProletarierInnen sind nur interessant, insoweit die »Ausgeschlossenen« in die Welt der wirklichen Bürger [citoyens], die Arbeit haben, wiedereingegliedert werden können. Die Bewegungen der Arbeitslosen und Prekären als Vorzimmer zur auf die Lohnarbeit gegründeten demokratischen Republik: dies ist der wirkliche Endzweck, den die Linken und die Stalinisten den Bewegungen der ProletarierInnen zudenken.

Das Verhältnis des Arbeiters zur Maschine, des kollektiven Arbeiters zur Lohnarbeit ist Lichtjahre von diesem republikanischen Gewäsch entfernt. Karl Marx beschrieb das folgendermaßen: *»Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Haus. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird. (...) Es kömmt daher zu dem Resultat, daß der Mensch (der Arbeiter) nur mehr in seinen tierischen Funktionen, Essen, Trinken und Zeugen, höchstens noch Wohnung, Schmuck etc., sich als freitätig fühlt und in seinen menschlichen Funktionen nur mehr als Tier. Das Tierische wird das Menschliche und das Menschliche das Tierische.«* (Karl Marx: »Ökonomisch-philosophische Manuskripte«, in: MEW, Ergänzungsband, S. 514 f.)

Im Gegensatz zu dem ex-operaistischen Professor Toni Negri, der heute zum Lobsänger des »biopolitischen Unternehmers« geworden ist und ganz modisch ausspinnt, daß *»die Arbeit sich durch ihre Fähigkeit, intellektuell, immateriell zu werden, von der Fabrikdisziplin emanzipiert«*<sup>13</sup> habe, muß man Marx immerhin bescheinigen, daß seine Überlegungen auch heute noch sehr zutreffend und aktuell sind. Denn wenn es wahr ist, daß der Mensch bei der Arbeit zum Tier wird, wenn sein Verhältnis zur Lohnarbeit ein Zwangsverhältnis ist und ihm unauflösbar äußerlich bleibt, dann ist es dumm oder kriminell, den arbeitslosen Proleten zur Wiederfindung »ihrer Würde« und zur Befreiung von ihrer extremen Not einen Garten Eden der Maloche vorzuschlagen – abgesehen davon, daß Vollbeschäftigung eine Illusion ist und »Arbeit zu haben« absolut noch nicht heißt, genügend Geld zum Überleben zu haben.

---

13) Toni Negri: *Exil*, Editions Mille et une nuit, 1998, S. 20; vgl. Wildcat-Zirkular Nr. 45, S. 31-35.

## 2. Die katholische Soziallehre

In der katholischen Soziallehre kommt der Begriff Lohnarbeit nicht vor. Die Arbeit wird in ihrer breitesten und allgemeinsten Dimension als bewußte schöpferische Tätigkeit aufgefaßt und lediglich nach Epochen betrachtet:

*»Durch Arbeit muß sich der Mensch sein tägliches Brot besorgen, und nur so kann er beständig zum Fortschritt von Wissenschaft und Technik sowie zur kulturellen und moralischen Hebung der Gesellschaft beitragen, in Lebensgemeinschaft mit seinen Brüdern und Schwestern. Hier geht es um jede Arbeit, die der Mensch verrichtet, unabhängig von ihrer Art und den Umständen; gemeint ist jedes menschliche Tun, das man unter der reichen Vielfalt der Tätigkeiten, deren der Mensch fähig ist und zu denen ihn seine Natur, sein Menschsein, disponiert, als Arbeit anerkennen kann und muß. Nach Gottes Bild und Gleichnis inmitten des sichtbaren Universums geschaffen und dorthingestellt, damit er die Erde sich untertan mache, ist der Mensch daher seit dem Anfang zur Arbeit berufen.« (Enzyklika *Laborem Exercens*, Papst Johannes Paul II., 14. September 1981; Unterstreichung vom Autor).*

Wenn auch für die Kirche und ihre Schäflein die Arbeit, wie alles Existierende, von Gott herrührt, so wird sie im Gegensatz zu den *travaillistischen* Vorstellungen nicht als privilegierter Ort der Bildung der Gesellschaft oder des Individuums vorgestellt. Für die Christen ist Arbeit vor allem ein Tribut, den der Mensch notwendigerweise bezahlen muß, um zu überleben, sie ist somit vor allem ein Zwang, zu dem der Mensch »seit dem Anfang berufen« ist. Sicher muß die Arbeit »beständig zur kulturellen und moralischen Hebung der Gesellschaft beitragen«, aber dennoch bleibt nicht weniger wahr, daß der Kirche zufolge die Arbeit vor allem ein unwandelbarer Zwang ist.

Das zweite Grundprinzip bzw. die zweite begriffliche Ausschließung – neben der Lohnarbeit – ist, daß der kollektive Arbeiter, der gesellschaftliche Arbeiter schlicht und einfach gezeugnet wird. Denn »niemand als der Mensch [ist] Subjekt der Arbeit«. Es gibt keinen Gegensatz und keinen Kampf zwischen den Klassen und somit auch keine ontologische Möglichkeit der Konstitution der proletarischen Klasse als Klasse für sich gegen die Arbeit. Die Erhebung des Menschen mit Hilfe der Arbeit betrifft ausschließlich das Individuum. Das ist ein weiterer wichtiger Unterschied zum sozialistischen Travaillismus.

Das christliche und das travaillistische Denken kommen zusammen und vermischen sich an dem Punkt, wo beide den angeblich unauflösbaren Charakter der real existierenden Arbeit behaupten. Beide fassen keine Gesellschaft ins Auge, in der sich der gesellschaftliche Mensch vollständig vom Zwang zur Arbeit, von jeder Art von Arbeit befreit. Da sie von der Ausbeutung der modernen Sklaven leben – und sie verewigen möchten –, verleihen sie ihr höhere Weihen

und schmücken sie mit hochmoralischen individuellen und/oder gesellschaftlichen Endzwecken.

Natürlich führen die jeweiligen ideologischen Besonderheiten auch dazu, daß die Katholiken anders an die Fragen herangehen und sich andere Ziele setzen als die Travaillisten. Während die *Travaillisten* ihre gesamte Energie auf die wahnhaftige Jagd nach »Arbeit für alle« konzentrieren, betont der Pietismus in der Soutane eher die »Solidarität« mit dem Individuum in Not, bzw. moderner ausgedrückt die »Umverteilung des Reichtums«, die den von AC! zivilisierten Autonomen so teuer ist.<sup>14</sup>

### 3. Ein Ersatzrad, das eiert

Eine extreme laizistische Variante der Vatikan-Ideologie stellt die verworrene nicht-traditionelle Linke dar: ein buntes Gemisch von linken Christen, Anhängern der Selbstverwaltung, radikalen Humanisten und alten Operaisten.

Zusammengeschweißt durch den Willen, alle »...losen« (»Arbeitslose«, »Obdachlose«, »Papierlose«), alle »Zurückgewiesenen« und »Ausgeschlossenen« zu verteidigen, haben diese politischen Strömungen eine Art radikale Mehrheitslinke [Wortspiel mit der »Mehrheitslinken« an der Regierung] gegründet, die ihre regierenden Mentoren nachäfft. Während die Regierungslinken sich in den Palästen der Republik paaren, tun die radikalen Linken es auf der Straße, in den besetzten Kirchen, auf den besetzten Arbeitsämtern und in den besetzten leerstehenden Wohnungen. Weil sie »volkstümlicher« sind, sind sie sympathischer, aber sie sind genauso sehr ein Feind des Proletariats. Sie sorgen »mit Barrikaden« und »von der Basis her« dafür, daß die zaghaften Vorstöße des Proletariats in Richtung Revolte in die Grenzen des demokratischen Konsens kanalisiert werden. Das schwächste Glied der Kette besteht dabei in ihrer völligen Unfähigkeit, wenigstens eine ihrer vielen Forderungen durchzusetzen. Sie verteidigen die Einwanderer? Die Linke an der Macht legalisiert einige Zehntausend, um einige Hunderttausend besser abschieben zu können. Sie verfolgen das Ziel Wohnungen für alle? Die Regierung streicht sogar Juppés Projekt, neue Hochhaus-Knäste für die ganz Armen zu bauen. Sie betteln um Vollbeschäftigung? Die Antwort heißt kurz und bündig: mehr prekäre Arbeit wird legalisiert. Sie

---

14) Angesichts einer »liberale[n] Offensive, die sich in ganz Europa auf die Verträge von Maastricht und Amsterdam stützt (...) nehmen die Kämpfe der Erwerbslosen zu; sie fordern mit Nachdruck eine Umverteilung des Reichtums.« (Forderungsplattform, angenommen bei der Zweiten europ. Sitzung gegen die Arbeitslosigkeit und den Ausschluß; Brüssel 18./19. April 1998, a.a.O.).

verlangen ein anständiges Einkommen für die Armen? Sie bekommen einige 100 Francs zusätzlich pro Betroffenenem.

Die ProletarierInnen, die ihnen ins Netz gehen, bezahlen oft einen hohen Preis für die Verantwortungslosigkeit dieser Herrschaften. Ein Beispiel? Die Hunderttausende von illegalen EinwandererInnen, die ihrem Rat gefolgt sind und ihre Papiere auf den Präferenzen vorgelegt haben und heute totales Freiwild für die Polizei geworden sind.

Sogar auf der Ebene der Ideologieproduktion wirkt die selbsternannte »soziale Bewegung« recht armselig. Bei denen, die ständig und pausenlos über »Menschenrechte« reden, alternative Gewerkschaftsarbeit machen, die 68er Ideologie auffrischen und »Befreiungstheologie« betreiben, ist wirklich nichts Neues in Sicht. Nur ein paar »Italiener« haben in diesen Zirkus der verlorenen Ideologien einen Anschein neuer Ideen hineingebracht.

Diese Transalpinen und ihre französischen Anhänger haben einen Meisterdenker: den bereits oben zitierten Professor Toni Negri. Er stützt sich auf ein philosophisches Hirngespinnst, demzufolge heutzutage jede Aktivität produktiv sei.<sup>15</sup> Ausgehend von der Feststellung, daß – in einer von der Herrschaft der intellektuellen Arbeit und der Produktion immaterieller Güter geprägten Epoche – jedes menschliche Wesen mit dem für diese Epoche wesentlichen Arbeitswerkzeug ausgestattet sei, nämlich dem Gehirn<sup>16</sup> (und daß nichts und niemand ihm das wegnehmen kann), landet der Professor bei der Schlußfolgerung, daß jeder Mensch aufgrund seiner bloßen Beteiligung an dieser neuen »biopolitischen Gemeinschaft« einen garantierten Lohn<sup>17</sup> erhalten muß. Somit ist – allerdings

---

15) »... seit dem Moment, als man der Arbeiterklasse das Privileg genommen hat, die einzige Vertreterin der produktiven Arbeit zu sein, und diese produktive Arbeit allen Subjekten zurückgegeben hat, denen das Arbeitswerkzeug und das sprachliche Ausdrucksvermögen eingewachsen sind, seit diesem Moment muß man sagen, daß all jene, die vitale Mächte produzieren, sich in diesem Prozeß befinden, und daß sie sich sogar auf wesentliche Art darin befinden.« (Toni Negri: *Exil*, Editions Mille et une nuit, 1998, S. 23.

16) »Der Arbeiter braucht heutzutage keine Arbeitsinstrumente (das heißt fixes Kapital) mehr, die ihm vom Kapital zur Verfügung gestellt werden. Das wichtigste fixe Kapital, nämlich dasjenige, von dem die Produktivitätsunterschiede abhängen, befindet sich inzwischen in den Gehirnen der arbeitenden Menschen: Das ist die Werkzeugmaschine, die jeder von uns in sich trägt. (...) Die Werkzeugmaschine ist dem Kapital vom Arbeiter entwendet worden, so daß sie ihm sein ganzes Leben folgt, so daß der Arbeiter das Produktionsvermögen im Innern seines eigenen Gehirns trägt (...) Wenn das Arbeitsinstrument im Gehirn liegt, dann wird das Arbeitsinstrument/Gehirn zur größten produktiven Potentialität, die heutzutage zum Zwecke der Reichtumsproduktion ins Werk gesetzt wird.« (Negri, a.a.O., S. 19-21); vgl. Wildcat-Zirkular Nr. 45, a.a.O.

17) »Der garantierte Lohn ist die Reproduktionsbedingung einer Gesellschaft, in welcher die Menschen vermöge ihrer Freiheit produktiv werden.« (Negri, a.a.O., S. 23).

nur im schnell ideologische Zaubersprüche vermehrenden Gehirn des Professors – der »Zusammenhang zwischen Reichtumsproduktion und Lohnarbeit (...) zerbrochen« (ebenda, S. 19) und folglich das Kausalverhältnis zwischen Arbeit und Lohn umgedreht. Heute rechtfertigt nicht mehr die Arbeit ihren Lohn, sondern die Tatsache, daß man *a priori* vom auf »eine radikale und absolute Demokratie« gegründeten Staat einen garantierten Lohn erhält, macht die Arbeit produktiv.<sup>18</sup>

Auf diesem Umweg nehmen wir Abschied von der Verwirklichung des »Rechts auf Arbeit«, das für die Trotzkiten und Stalinisten eine so unabdingbare Voraussetzung für Lohn und »Bürgerrecht« [*citoyenneté*] ist,<sup>19</sup> denn, wie Herr Negri sagt, gibt es »zuviel Arbeit, weil alle arbeiten und alle zur Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums beitragen« (Negri, a.a.O., S. 17). Indem er von der treffenden Feststellung ausgeht, daß »die Arbeitslosen arbeiten ... und umgekehrt der Arbeitsplatz genauso subventioniert [wird] wie die Arbeitslosigkeit« (ebenda, S. 19.), dekretiert der venetische König des Paradoxons, daß der Lohn nur deshalb noch von der gleichnamigen Arbeit abhängt, weil der despotische Wille der herrschenden Klassen »die Aktivität der Reichtumsproduktion den kontrollierenden Formen Unternehmen oder Staat unterwirft« (ebenda, S. 18). Das macht in seinen Augen einen »politischen Übergang« nötig, der mit dem »parasitären Kapitalismus« aufräumt, vergleichbar mit dem Übergang »vom Ancien Régime zur Revolution«.

Wenn die Forderung nach einem garantierten Lohn unabhängig vom Besitz eines Arbeitsplatzes die Autonomen in die Nähe des christlichen Solidarismus

---

18) Leider verfallen die neuen autonomen Philosophen, wenn es nötig ist, gelegentlich selbst in den einfältigsten Travaillismus. Patrick Dieuaide singt im ersten Heft der Zeitschrift *Occupation* ein Loblied auf die Arbeit, das den Herren Viannet, Bensaïd, Aguiton und Johannes Paul II. in nichts nachsteht: »Einerseits (und wie oft muß man das noch wiederholen) ist die Arbeit keine Ware. Andererseits reichert sich die Arbeit mit neuen Funktionen an (Begutachten, Abschätzen) und erhält mehr und mehr eine kollektive Dimension; damit wird die Arbeit zu einer Aktivität, die weit über das Ins Werksetzen von neuem Wissen und neuen Erkenntnissen hinausgeht. Besser: durch ihren immer stärker gesellschaftlichen Charakter deckt sich die Arbeit immer weniger mit dem Arbeitsplatz, mit dem, was der Unternehmer für die unmittelbare, individuelle Arbeit hält. Arbeit ist auch und vor allem das Herstellen eines gesellschaftlichen Ortes, der Kooperation, indem man sich informiert, indem man kommuniziert, indem man sich mit anderen austauscht, indem man beständig im Betrieb und außerhalb des Betriebs hin- und hergeht, indem man persönliche Kenntnisse und persönliches Wissen mobilisiert, das man allein oder zusammen mit anderen erworben hat, mit oder ohne formale Qualifikation, fern von der Schulbank und den Unis.«

19) »Solange die Regeln so bleiben, wie sie nun mal sind, müssen wir den Arbeitsplatz als ein Recht und eine Pflicht betrachten, die Vorrang vor anderen Existenzrechten haben (...). Das Bürgerrecht [*citoyenneté*] ... gilt bei der Arbeit wie anderswo und ist zentral für die Beantwortung der Frage der Arbeitslosigkeit.« (Aguiton/Bensaïd, a.a.O. S. 21).

rückt, so gibt es nicht weniger Forderungen, die es ihnen auf vorteilhafte Weise erlauben, sich in die travaillistische Linke einzufügen. Diese anderen Faktoren sind zumindest genauso wichtig wie ihre Übereinstimmungspunkte mit dem christlichen Solidarismus. Insgesamt betrachtet machen diese ideologischen Fragmente die Ex-Operaisten (genauso wie die »klassischen« Linken) zu erstklassigen Agenten für die Verbindung und Neuzusammensetzung unterschiedlicher Komponenten der mehrheitlichen Linken an der Macht.

## Die BasisaktivistInnen: Gefangene der Gewerkschaftsarbeit und der Pädagogik des guten Beispiels

In einer ersten Bilanz der Bewegung wäre neben den vielen kleinen Brosamen (Abschaffung der Stromsperrern, Essensgutscheine, einige hundert Francs pro Antragsteller aufgeteilt unter verschiedenen Posten, respektvollere Behandlung auf dem Arbeitsamt, kostenlose Fotokopien usw.) zu erwähnen, daß die neuen Vertretungsorgane der Arbeitslosen (AC!, Apeis, Mncp und das Komitee der CGT) in die offiziellen Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern einbezogen wurden und in Zukunft an der Verwaltung der Sonderfonds der Arbeitslosenversicherung mitwirken sollen.

Träumen die kämpfenden ProletarierInnen von einer Welt ohne Elend und Not? Die konkrete Verwirklichung ihrer Träume sieht so aus, daß eine neue Generation von GewerkschafterInnen in die Umlaufbahn der sozialdemokratischen Institutionen des Kapitals geschossen wird. Dieses enttäuschende Ergebnis ist zum großen Teil auf die Schwäche und die Verwirrung in den heutigen Bewegungen zurückzuführen, aber das erklärt nicht alles. Es hat auch damit zu tun, daß es fast keinen selbständigen politischen Ausdruck der Bewegungen gibt.

Daß dieser Übergang nicht stattfindet, liegt nicht daran, daß die kämpferischsten ProletarierInnen politisch keine Ahnung hätten. Das konnten wir an den wichtigsten Bewegungen der letzten Zeit beobachten: in Frankreich und Belgien waren das z.B. die Streiks der Eisenbahner 1986, der ArbeiterInnen von Peugeot-Sochaux im Oktober 1989, der ArbeiterInnen von Renault-Cléon Ende 1991, der Kampf der belgischen ArbeiterInnen gegen den *Plan global* im Herbst 1993 und der Kampf des Bodenpersonals von Air France im Oktober 1993, der Streik bei GEC Alstom in Belfort und Bourogne im November/Dezember 1994, die Streiks der ArbeiterInnen im Frühjahr 1995 und die Streiks im Öffentlichen Dienst im November/Dezember 1995, die langen Konflikte bei Renault-Vilvoorde und in den Stahlwerken von Clabecq 1997. Wie wir schon betonten, gibt es bei Belin, in Flins, in Sochaux, in Belfort und Bourogne, in Cléon, auf den Pisten von Roissy und Orly, in bestimmten Depots und Werkstätten der SNCF und der RATP oder bei bestimmten Gemeindeangestellten der Pariser Vorstädte,

in Vilvoorde und Clabecq und sogar in bestimmten Komitees von Arbeitslosen und Prekären eine lebhaft politische Diskussion. Es gibt nach wie vor ein dringendes Bedürfnis nach politischer Übersetzung der Ideen, die in der Bewegung entstanden und/oder ausprobiert wurden. Es mangelt jedoch an Selbstvertrauen, und so bleibt es in der Regel bei der Delegierung: die Bewegung drückt sich nicht selber politisch aus.

Die Bestrebungen der fortschrittlichen ProletarierInnen nach Autonomie und einem politischen Kampf, der sich auf die gesamte Situation der Ausbeutung bezieht, werden von der gewerkschaftlichen Politik mit einem dichten Netz von scheinbar realistischen und vernünftigen Auswegen eingefangen (Forderungen und Verhandlungen). Zahlreiche ProletarierInnen sehen in den neuen Gewerkschaften das kleinere Übel im Vergleich zum Nichtstun, zur Unterwerfung oder zur aussichtslosen romantischen Revolte. Wir sind davon überzeugt, daß sich die politische Qualität der Kämpfe nicht weiterentwickelt, weil eine *»unendlich in die Länge gezogene Übergangsperiode«* immer weiter andauert. In dieser Periode<sup>20</sup> müssen die Kommunisten im Herzen der Bewegungen intervenieren und dabei mehr denn je das Gewerkschaftertum und die von ihm verursachte Schwächung der proletarischen Kämpfe kritisieren. Die ArbeiterInnen brauchen klare, unverwechselbare und organisierte revolutionäre politische Alternativen.

### **Was kritisieren wir an den Gewerkschaften »neuen Typs«?**

Wir können das Gewerkschaftertum nicht kritisieren, indem wir ständig zwanghaft zur Revolution aufrufen (dieses Wort ist unter den gegenwärtigen Umständen so hohl wie wirkungslos) oder – schlimmer noch – jede Teilforderung ablehnen. Wir kritisieren nicht die Suche nach – niemals irreversiblen – Verbesserungen der Ausbeutungssituation, sondern wir kritisieren die gewerkschaftliche Politik, Verteidigungskämpfe von der kommunistischen politischen Perspektive abzutrennen, um sie dann irgendwo in die Sozialdemokratie des Kapitals zu integrieren. Die gewerkschaftliche Politik macht aus dem objektiv zwischen Verkäufern und Käufern der Arbeitskraft unvermeidlichen ökonomischen Kampf eine Entscheidung, eine bewußte, als unüberschreitbar und endgültig begriffene Grenze. Genau das muß bekämpft werden.

Die unabhängigen proletarischen Strukturen müssen es von Anfang an vermeiden, in die Falle der Delegierung des Verteidigungskampfs an Organe zu laufen, die zu diesem Zweck vom Feind vorbereitet oder vorgesehen sind. Es gibt kein historisches Beispiel dafür, daß die ausgebeutete Klasse, um zu siegen, für

---

20) In Frankreich war 1997 das Jahr mit dem niedrigsten Ausfall von Arbeitsstunden durch Streiks seit 1935.

jedes Terrain des sozialen Kriegs spezielle hierarchische Institutionen brauchte. In der wirklichen Geschichte der Arbeiterbewegung gab es alle möglichen Kombinationen: Arbeiterparteien mit oder ohne Gewerkschaften, mehr oder weniger politisierte Gewerkschaften mit oder ohne Partei, Räte oder Milizen mit oder ohne Partei und/oder Gewerkschaft usw.. Und niemals konnte eine Organisations-Alchimie den Sieg garantieren. Es stimmt zwar, daß die verschiedenen Schlachtfelder, auf denen sich die Arbeiterexistenz abspielt, *spontane* Organe hervorbringen, aber die Dynamik der Bewegung tendiert, wenn sie nicht unterbrochen wird, immer zur Vereinigung, zur Verschmelzung, um die verfügbaren proletarischen Kräfte so weit wie möglich zu konzentrieren, und das ist auch notwendig, wenn die Konfrontation in die Entscheidungsphase tritt. Diese konkrete Logik wollen wir den fortschrittlichen ArbeiterInnen nahebringen. ■

*(aktualisierter, stark gekürzter Text von Mouvement Communiste vom Mai 1998)*



# **35-Stunden-Woche: weniger Lohn und mehr Arbeit**

In einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung sehen viele ein wirksames Mittel, um den Irrsinn des heutigen Kapitalismus zu bekämpfen, der auf der einen Seite Millionen von Arbeitslosen produziert, auf der anderen Seite die Arbeitenden zu Überstunden zwingt. Die Forderung nach »radikaler Arbeitszeitverkürzung« ergänzt die nach »Existenzgeld«, wenn sich linke Gewerkschafter und linke Sozialpolitiker zusammentun.

Kürzer zu arbeiten finden fast alle gut, aber die (gewerkschaftliche) Parole von der Arbeitszeitverkürzung stößt bei ArbeiterInnen auf großes Mißtrauen. Seit Mitte der 80er Jahre war sie ein Krisenregulierungsmechanismus in den Händen von Unternehmen und Gewerkschaften, mit dem die ArbeiterInnen doppelt betrogen wurden: die Arbeitszeit hat nicht spürbar abgenommen, aber die Löhne sind gesunken. Die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit hat den Acht-Stunden-Tag abgeschafft und eine radikale Flexibilisierung der Arbeitszeit in der Industrie ermöglicht. Im Unterschied zu Frankreich, wo die Arbeitszeit per Gesetz verkürzt wurde, ließ man in der BRD die ArbeiterInnen im »historischen« Tarifkampf 1984 für ihre eigene Flexibilisierung kämpfen.

Zur bisher radikalsten Verkürzung der Regelarbeitszeit kam es auf Initiative eines Unternehmens. 1994 ging VW mit der Einführung der 28,8-Stunden-Woche noch unter die 30-Stunden, die die Gewerkschaften bis dahin kaum zu diskutieren wagten. Das VW-Modell wird bis in die Linke hinein als »zukunftsweisend« gelobt und vor allem im Ausland von ArbeiterInnen und Gewerkschaftsgruppen als Zielrichtung gesehen.

Während aber viel von Arbeitszeitverkürzung geredet wird, geht die Tendenz in Richtung Verlängerung der Arbeitszeit.

## **1. Arbeitszeit und Verweigerung der Arbeit**

Die Auseinandersetzung um Lohn und Arbeitszeit steht im Zentrum des Klassenkampfes. Dabei geht es nicht nur um die absolute Länge des Arbeitstags, die durch Gesetze und gewerkschaftliche Vereinbarungen begrenzt ist. Es geht auch um die Kontrolle über die Körper und darum,

wieviel Arbeit während der festgelegten Arbeitszeit aus den Arbeitern herausgepreßt wird. Der Kapitalist kauft Arbeitskraft, muß aber im Arbeitsprozeß durchsetzen, wieviel Arbeit tatsächlich verausgabt wird. In diesem alltäglichen Kampf versuchen die Arbeiter, die Poren im Arbeitstag zu vergrößern, womit sich die Schere zwischen der offiziellen und der effektiven Arbeitszeit öffnet – bis der Unternehmer angreift. Die Macht der ArbeiterInnen drückt sich in diesen *informellen* Poren aus; die Gewerkschaften hingegen *formalisieren* den Status quo in Urlaubs- und Rahmentarifverträgen, Arbeitszeitregelungen usw..

Bis Anfang der 80er Jahre gab es relativ viele Poren. Es war normal, daß ArbeiterInnen ihren Akkord nach fünf, sechs Stunden geschafft hatten und sich dann nur noch rumdrückten. In Großbetrieben war es z.B. selbstverständlich, vor Arbeitsende zu duschen und dann gemeinsam in Straßenklamotten vor der Stechuhr anzustehen. Es gab informelle Pausen, die nur zum Teil in Tarifverträgen als Akkordpausen oder Bedürfniszeiten festgeschrieben waren – dies wurden zum Angriffspunkt in den folgenden Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit. In den 80er Jahren bezahlten die ArbeiterInnen jede kleinste Verkürzung der offiziellen Arbeitszeit mit dem Streichen dieser Poren. Schon mit der Einführung der 38½-Stunden-Woche wurde in den meisten Betrieben die bezahlte Pause der Nachtschicht in eine unbezahlte umgewandelt.

Natürlich ist es besser, um 21.15 Uhr statt um 23 Uhr aus der Spätschicht zu kommen - dafür muß aber bis zur letzten Minute gearbeitet werden, während früher in der letzten Stunde der Spätschicht eher soziale Aktivitäten angesagt waren. Dieses kollektive Beharren war auch immer Zähneknirschen, aber für die Alten war »ihre« Fabrik auch der Ort, der ihre Rolle in der Gesellschaft definiert, an dem sie sich organisieren und austauschen... Viele Junge halten das kollektive Arbeiterleben nicht aus, sie sehen darin nur Stumpfsinn und entfliehen ihm, wo sie können. Sie wollen lieber kürzer arbeiten, mehr individuelle Freizeit haben. Sie hangeln sich von Urlaub zu Freischicht, akzeptieren Befristungen, weil sie es gar nicht länger am Stück im Betrieb aushalten. Und sie versuchen, für sich alleine eine kürzere Arbeitszeit auszuhandeln – auch wenn sie dann weniger verdienen.

## **2. 35 Stunden oder die Träume von einer Umverteilung der Arbeit**

Seit etwa 15 Jahren – also seitdem die Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzung propagieren – sinkt die Arbeitszeit langsamer als in den Jahr-

zehnten davor. Zwischen 1956 (48-Stunden-Woche für fast alle ArbeiterInnen) und 1975 (40-Stunden-Woche für 96 Prozent aller ArbeiterInnen) sank die Wochenarbeitszeit um acht Stunden. Dies geschah im wesentlichen durch die Streichung des Samstags als Regelarbeitstag Ende der 60er (»Samstags gehört Vati uns«). Bis zur Einführung der 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie 1995 in Westdeutschland dauerte es dann nochmal 20 Jahre. Jede Arbeitszeitverkürzung wurde mit einem Verzicht auf Lohnerhöhungen »bezahlt«, die Überstunden stiegen regelmäßig an.

Auch beim Jahresurlaub hat sich in den letzten 16 Jahren nichts mehr getan: in der Metallindustrie wurde er von 1960 bis 1982 schrittweise von drei auf sechs Wochen verdoppelt. Eine wesentliche Rolle dabei spielten die wilden Streiks wie bei Ford 1973, der sich daran entzündete, daß Arbeiter aus der Türkei zu spät aus dem 3-wöchigen Urlaub zurückgekehrt und gekündigt worden waren.

Die *tarifliche* Jahresarbeitszeit je Beschäftigtem in Westdeutschland ist von Mitte der 80er Jahre bis 1997 um durchschnittlich 160 Stunden oder 9,6 Prozent gesunken. Aber seit 1995 stagniert die Entwicklung: die anderen Branchen haben nicht mit der Metallindustrie gleichgezogen. In den 80er Jahren haben die Gewerkschaften vor allem Vorruhestandsregelungen ausgehandelt, wodurch die Belegschaften radikal verjüngt und die Lebensarbeitszeit der ersten Arbeitergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg verkürzt wurde. Dann wurden im Rahmen von Standortsicherungsverträgen nur noch befristete Arbeitszeitverkürzungen mit gleichzeitigen Lohnkürzungen abgeschlossen.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche kam Anfang der 70er Jahre in der Gewerkschaftslinken auf, um den Kampf in eine »qualitative« Richtung zu lenken. Vor dem Hintergrund der weltweiten Krise 1973/74 läuteten die Unternehmen in der BRD mit Massenentlassungen eine Rationalisierungsoffensive ein. Allein in der Stahlindustrie wurden von 1975 bis 1978 ca. 40 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Die Stahlarbeiter wurden so massiv angegriffen, weil es dort gut organisierte Belegschaften gab, die schon 1969 durch eine Reihe wilder Streiks den Unternehmen einen heißen Herbst bereitet hatten. Zur Sicherung der Arbeitsplätze wollten die betrieblichen Gewerkschaftskader die Arbeitswoche schrittweise verkürzen und eine fünfte Schicht einführen. Die 35-Stunden-Woche wurde 1977 auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag in den Forderungskatalog aufgenommen – gegen den Vorstand, der sie für übertrieben und nicht durchsetzbar hielt. Ein Jahr später ging er mit dieser Forderung in die Stahltarifrunde, um eine Krisenlösung in der Stahlindustrie herbeizuführen. Das Unternehmerlager wollte unter allen Umständen an der 40-

Stunden-Woche festhalten und bot als Ersatz mehr Urlaub und Lohn-erhöhungen an. Die Gewerkschaft rief den Streik aus; das war die Möglichkeit, die Stahlarbeiter unter Kontrolle zu bringen. Im November 1978 wurden die Belegschaften ausgewählter Stahlwerke in den Streik geschickt, was sofort mit massiven Aussperrungen beantwortet wurde. Während die Basis mit großem Engagement streikte, weitete die Führung den Streik nur zögerlich auf andere Betriebe aus. Im Januar 1979 schloß sie einen Tarifvertrag ab, der die 40-Stunden-Woche auf weitere fünf Jahre festschrieb – im Austausch gegen ein paar Urlaubstage und Freischichten für Nachtarbeiter. Der Streik war eine Niederlage für die linken Arbeiterkader, die von der Gewerkschaftsführung im Streik diffamiert und durch den Abschluß auf Jahre ausgebremst worden waren. Die Gewerkschaft hatte vorgeführt, daß Massenentlassungen in der Stahlindustrie nicht zu verhindern waren. Damit hatte sie auch ihre Politik in den nächsten »Stukturkrisen« festgelegt.

### **3. Die Gewerkschaften als Vordenker der Modernisierung**

Betrachtet man die Politik der Arbeitszeitverkürzung rückwirkend, wird deutlich, daß die Gewerkschaften den Standpunkt des ideellen Gesamtkapitalisten Deutschlands eingenommen haben, als das vom Lager des Kapitals aus noch nicht möglich war. In der bis dahin tiefsten Rezession 1980-82 hatten sich die meisten Einzelgewerkschaften die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu eigen gemacht. Damit wollten sie die BRD zum produktivsten Wirtschaftsstandort der Welt machen, ohne krasse soziale Spaltungen wie in den USA heraufzubeschwören. Die reale Möglichkeit zur Durchsetzung dieser Strategie sahen und sehen sie in einer Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie sie von den Großunternehmen eingefordert wurde, um die Produktionsanlagen intensiver nutzen zu können. Die 35-Stunden-Forderung enthielt von vornherein den Flexibilisierungsgedanken, der als Verhandlungsmasse eingebracht werden konnte. Von einem Sieben-Stunden-Tag war nie die Rede.

Mit solchen Modernisierungsvorstellungen eilten die Gewerkschaften (mittelständischen) Unternehmern weit voraus, die an der gantztägigen Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft festhalten wollten. Während beispielsweise das BMW-Werk in Regensburg 1984 schon vor dem Tarifabschluß auf eine Vier-Tage-Woche umgestellt hatte, konnte man sich in Betrieben, wo Einschichtbetrieb und regelmäßige Überstunden vorherrschten, nicht so schnell auf eine andere Arbeitsorganisation um-

stellen. Noch 1995 arbeiteten nur 20 Prozent der kleinen und mittleren Industriebetriebe in mehreren Schichten.

Aber auch die eigene Basis, die nach den mageren Krisenjahren lieber eine satte Lohnerhöhung wollte, mußte erst gewonnen werden. Hauptargument der Gewerkschaften in der mit viel Pathos geführten Kampagne war die Massenarbeitslosigkeit: Bilder von hungerleidenden Arbeitslosen im Notstandsgebiet Detroit oder von Armutsvolten wurden bemüht. Die 35-Stunden-Woche sollte einen solchen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern, sie sollte funktional gemacht werden für eine moderne kapitalistische Lösung: kürzere Arbeitszeit, längere Betriebszeiten, niedrigere Lohnstückkosten (d.h. mehr Produktivität), Neueinstellungen.

Um diese Politik des vorweggenommenen Kompromisses gegen Widerstand auf beiden Seiten durchzusetzen, war die gesellschaftliche Dynamik eines langen Arbeitskamps notwendig. Die Tarifaueinandersetzung wurde zum »Jahrhundert-Konflikt« hochstilisiert, an dessen Ende vielen nicht klar war, wer nun gewonnen hatte.

Die 35-Stunden-Woche sollte 1984 im Herzland der Metallindustrie Nord-Württemberg/Nord-Baden mit den bis dahin »fortschrittlichsten« Tarifverträgen durchgesetzt werden. Da die Unternehmenseite offiziell Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen ablehnte, begann die IG Metall mit Schwerpunktstreiks in ausgewählten Automobil- und Zulieferbetrieben (»Minimax-Strategie«). Die Unternehmer sperrten sofort ArbeiterInnen in der ganzen BRD aus, und der Staat verweigerte den wegen Arbeitsmangel Ausgesperrten das Kurzarbeitergeld. Da die Gewerkschaft nun hauptsächlich »gegen die Aussperrungen« mobilisierte und gerichtlich gegen die Streichung des Kurzarbeitergeldes (§116 Arbeitsförderungsgesetz) vorging, bekam der Streik einen immer defensiveren Charakter, je länger er sich hinzog. Nach über sieben Wochen wurde er durch den ehemaligen Arbeitsminister Leber als Schlichter beendet. Die IG Metall feierte das Ergebnis, die *stufenweise* Verkürzung der Arbeitswoche auf 38½ Stunden, als »Einstieg in die 35-Stunden-Woche« – obwohl klar war, daß gerade die schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit kaum zu Neueinstellungen führen würde.

Der wirkliche Durchbruch war die Flexibilisierung der Arbeitszeit: nach dem »Leber-Kompromiß« mußte nur die durchschnittliche betriebliche Arbeitszeit 38½ Stunden betragen. Bis zu 18 Prozent der Belegschaft konnten bis zu 40, andere nur 37 Stunden arbeiten. Die Maschinenlaufzeiten konnten entsprechend verlängert werden – je nach betrieblichen Erfordernissen. Denn die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung wird seither zwischen Betriebsrat und Unternehmer ausgehandelt.

Diese Form der Arbeitszeitverkürzung wurde nach und nach von den anderen Gewerkschaften übernommen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre hatten die Gewerkschaften bereits massive Probleme, ihre Basis für einen weiteren Kampf um die 35-Stunden-Woche zu mobilisieren. Vom »historischen« 1.10.95, an dem endlich die Arbeitswoche der MetallarbeiterInnen auf 35 Stunden verkürzt wurde, nahm kaum jemand Notiz. Der Ausgleichszeitraum für Mehrarbeit war inzwischen auf zwei Jahre ausgedehnt worden...

Die Betriebszeiten in der Metallindustrie sind von durchschnittlich 60,6 Wochenstunden im Jahre 1984 auf 71,8 Wochenstunden im Jahre 1996 ausgedehnt worden.<sup>1</sup> Die Arbeitsproduktivität ist schneller gestiegen als die Arbeitszeit gesunken ist – im Gegensatz zu den »Modellländern« USA oder Niederlande, wo die Löhne gesunken sind, aber die Arbeitsproduktivität kaum gestiegen ist.<sup>2</sup> In deutschen Mehrschichtbetrieben laufen die Maschinen länger als im europäischen Durchschnitt – trotz der kürzeren Regelarbeitszeit der Beschäftigten. Da dem Ziel Arbeitszeitverkürzung mögliche Lohnerhöhungen geopfert wurden, liegen auch die Lohnstückkosten auf einem spektakulär niedrigen Niveau. Mit Lohnabschlüssen unterhalb der Inflationsrate war, gemessen an der Produktivitätsentwicklung, die Lohnzurückhaltung in der BRD in den 90er Jahren größer als in den USA.<sup>3</sup>

Von der vielbeschworenen »Zeitsouveränität« der ArbeiterInnen kann in den produktiven Zentren keine Rede sein: hier geht es allein darum, eine möglichst »schlanke« Belegschaft gemäß Auftragslage flexibel einzusetzen, ohne daß Mehrarbeitszuschläge anfallen. Inzwischen haben die Gewerkschaften »Verhandlungsmasse« verloren: Immer mehr Betriebe flexibilisieren die Arbeitszeit, ohne sie zu verkürzen.

Fast zeitgleich mit der Einführung der 38½-Stunden-Woche in der Metallindustrie trat 1985 das »Beschäftigungsförderungsgesetz« in Kraft, das Beschränkungen für Leiharbeit aufhob und befristete Arbeitsverhältnisse bis zu 18 (seit 1996 bis zu 24) Monaten in der Industrie erlaubt, die früher nur aus besonderem Grund wie Vertretung für Schwangere oder Wehrpflichtige zulässig waren. Der Zeitvertrag ist inzwischen zur Normalität bei Neueinstellungen geworden; ein sogenannter Dauerarbeitsplatz ist erst nach längerer befristeter Beschäftigung zu haben.

## **4. Die Linke und die Gewerkschaften**

Nach dem deutschen Arbeitsrecht haben allein die Gewerkschaften das Recht, einen Streik auszurufen. Sie haben jedoch nur Zugang zum Be-

trieb, wenn sie dort über Mitglieder verfügen. Formelle rechtliche Macht (»Mitbestimmung«) haben nur die Betriebsräte, die nicht zwangsläufig gewerkschaftsgebunden sind. Deshalb setzen die Gewerkschaften alles daran, diese Betriebsratsposten zu besetzen. Die Betriebsräte der Großunternehmen sitzen in den Ortsvorständen und bringen dort ihr Gewicht ein. Gerade sie drängen auf eine »flexible« Tarifpolitik.

Für die Linke spielen die Gewerkschaften eine besondere Rolle als Aktionsfeld, von dem aus sie Einfluß auf die Arbeiterklasse nehmen und Kämpfe »politisieren« wollen. Sie hielten auch an dieser Ersatzpartei fest, als die Gewerkschaften Ende der 70er Jahre schon stark von der »Krise der Institutionen« gezeichnet waren. Die im Betrieb verbliebenen Linken versuchten, die Instanzen der Interessenvertretung zu besetzen, womit sich ihr Blickfeld auf die Arbeiterklasse veränderte. Seit Anfang der 80er Jahre reduzierte sich ihre Aktivität auf die »Rettung der Gewerkschaften«: niemand nahm die Vorstandsparole, daß es beim Kampf um die 35-Stunden-Woche »um die Existenz der Gewerkschaften« gehe, ernster als die Linken aller Schattierungen, die die Hauptarbeit der Mobilisierung leisteten. Die Einschätzung, daß die Gewerkschaft fortschrittlicher ist als die Arbeiter, prägt bis heute die Betriebslinke.

Eingebunden in die alltägliche »vertrauensvolle Zusammenarbeit« des Betriebsrats mit dem Unternehmen, wurde aus einer radikalen Opposition zunehmend »konstruktive Politik«, die sich heute mit »Standortpolitik« auseinandersetzen muß.

Das Projekt der Gewerkschaftslinken, durch Arbeitszeitverkürzung zu einer Umverteilung von Arbeit zu kommen, ist gescheitert. Weder Lohnzurückhaltung noch Flexibilisierung der Tarifpolitik haben die von ihren Befürwortern erhoffte »Umverteilung von Arbeit« an die Arbeitslosen erbracht. Optimistische Gewerkschafts-Analysen schätzen den Beschäftigungseffekt auf ein Drittel bis die Hälfte der verkürzten Arbeitszeit... Dies allerdings nur dann, wenn »die stärkere Position auf dem Arbeitsmarkt« nicht zu Lohnerhöhungen führe, die die Beschäftigungswirkung mittelfristig zunichtemachen! Kritische Analysen sehen überhaupt keine Beschäftigungswirkung, und weisen daraufhin, daß vor allem die Lohnzuwächse aufgrund der kombinierten Abschlüsse zurückgeblieben sind.<sup>4</sup>

Als kaum noch jemand von weiterer Arbeitszeitverkürzung redete, platzte im Oktober 1993 eine Bombe: Volkswagen verkündete, die Arbeitszeit auf 28,8 Wochenstunden zu senken. Mitten in der Krise der Autoindustrie, als das Unternehmerlager nur von Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung sprach, schien der Abschluß bei VW in eine andere Richtung zu gehen.

## 5. Das VW-Modell: moderner rheinischer Kapitalismus

Mit der 28,8-Stunden-Woche hat der VW-Konzern die Produktion umstrukturiert. Mit Hilfe der Gewerkschaft ist es Volkswagen gelungen, seinen Anfang der 90er Jahre bestehenden Rückstand in der Rationalisierung aufzuholen. Im IG Metall-Musterbetrieb hatten die Arbeiter die höchsten Löhne, die meisten Sonderzahlungen, die längsten Pausen, die besten Urlaubsregelungen – und die Autos hatten die längste Bauzeit. In den 80er Jahren hatte man mit hochautomatisierter Fertigung (»menschleere Fabriken«) experimentiert und war am hohen Kapitalkaufwand und der Abhängigkeit von wenigen Spezialisten gescheitert. Ein Produktivitätsschub war nur über eine Neuorganisation des Arbeitsprozesses zu erreichen. Dazu gehörte die Abschaffung des alten Akkordsystems, die Abschöpfung des Arbeiterwissens durch den kontinuierlichen Verbesserungsprozeß (KVP), die Aufhebung der alten Meister- und Vorarbeiterhierarchien sowie die Übertragung von Verantwortung auf die Gruppen.

### **Folgende Meldungen aus den letzten Monaten zeigen,**

Im belgischen VW-Werk bei Brüssel ist geplant, die Verträge fast aller befristet Beschäftigten (843 von insgesamt 6 900) nicht zu verlängern. Die Pausenzeiten sollen gesenkt werden. Ihre Verlängerung war im Streik vom Herbst 1994 hart umkämpft. »Wir wollen nicht an den Bändern krepieren« - lautete damals eine Parole. Jetzt will der Konzern die 6-Tagewoche mit drei Schichten einführen und die Tagesproduktion um 25 Prozent auf 1000 Fahrzeuge erhöhen mit über 10 Prozent weniger Personal!

Kurz nachdem dieser Prozeß mit Mühen angelaufen war, errechnete die Konzernleitung im Oktober 1993 einen »Überhang« von 31 000 bei insgesamt 108 000 Beschäftigten und kündigte Entlassungen an, insbesondere im »Dinosaurier« Wolfsburg (53 000 Beschäftigte). Eine Massenentlassung mit Sozialplan in dieser Größenordnung wäre nicht nur teuer gewesen, sondern hätte zu einer Konfrontation mit den ArbeiterInnen und zur Verweigerung ihrer Kooperation geführt.

Stattdessen schlug VW eine radikale Veränderung der Arbeitszeiten vor. Die IG Metall handelte innerhalb von vier Wochen die Verkürzung der Arbeitswoche auf 28,8 Stunden ab 1994 aus und opferte dabei ihren Grundsatz des »vollen Lohnausgleichs«. Im Gegenzug verzichtete das Unternehmen für zwei Jahre auf betriebsbedingte Kündigungen. Vor die Alternative gestellt: 40 000 Entlassungen oder 28,8-Stunden-Woche in allen VW-Werken, akzeptierte die Belegschaft die Flexibilisierung.



Der Verzicht auf Entlassungen schuf das Klima für die Umstrukturierung. VW behielt eine qualifizierte Arbeitskraftreserve, konnte das Problem der mangelnden Rentabilität bei geringer Auslastung lösen und sicherte sich gegen zu hohe Lohnkosten bei einem Auftragseinbruch ab.

Der Belegschaftsabbau über Vorruhestand, Aufhebungsverträge und Nichtverlängern von Zeitverträgen ging gleichwohl weiter: von 108 000 Beschäftigten 1993 auf 94 000 im Verlauf des Jahres 1995. Denn »Beschäftigungssicherung« heißt nur Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, nicht Erhalt aller Arbeitsplätze.

In der »atmenden Fabrik« paßt sich die Arbeitszeit den Erfordernissen der Produktion an. Die arbeitsfreie Zeit ist individualisiert und noch stärker vom Produktionsvolumen abhängig. Die Verfügungsgewalt des Unternehmens über die Zeit der ArbeiterInnen ist größer geworden. Es gibt keine gemeinsamen Pausen über Arbeitsgruppen hinweg, was die Kommunikationsmöglichkeiten stark einschränkt. Theoretisch kann jeder Arbeiter an Standorten eingesetzt werden, die Hunderte von Kilometern auseinander liegen. Es wurden über 150 verschiedene Arbeitszeitregelungen und Schichtmodelle ausprobiert, von Kurzschichten im Vier-

### **wie VW-ArbeiterInnen weltweit unter Druck gesetzt werden:**

Für die beiden Werke Anchieta und Taubaté von VW do Brasil hatte die Geschäftsleitung gedroht, 7 500 ArbeiterInnen zu entlassen. Jetzt gibt es eine Vereinbarung mit der Gewerkschaft des Dachverbands CUT zum »Erhalt« dieser Arbeitsplätze und zur garantierten Weiterbeschäftigung von 900 Befristeten. Zukünftig wird allerdings ein Großteil der Beschäftigten bei Einführung der 28,8-Stunden-Woche etwa 15 Prozent weniger verdienen. Hintergrund ist die Auto-Krise in Brasilien.

Schicht-Betrieb rund um die Uhr bis zu relativ »normalen« Acht-Stunden-Tagen mit Blockfreizeiten. Auf diese Weise konnten die Betriebszeiten für einzelne Modelle von 3 700 auf bis zu 4 600 Stunden im Jahr verlängert werden.<sup>5</sup> Die Arbeitszeit zur Herstellung eines Autos ist von 1993 bis 1998 von 30 auf 20 Stunden gesunken.

Die 28,8-Stunden-Woche stößt nach anfänglichen Vorbehalten inzwischen auf relativ breite Zustimmung in der Belegschaft. Gerade die jüngeren, nicht familiengebundenen ArbeiterInnen finden es gut, kürzer zu arbeiten, auch wenn der Erholungseffekt durch die gestiegene Arbeitsbelastung und ungünstige Zeiten wieder aufgeessen wird. Der regelmäßige Monatslohn blieb annähernd gleich. Gestrichen wurden die bei VW hohen jährlichen Sonderzahlungen, so daß der Bruttojahreslohn um 16 Prozent (netto um 10 Prozent) sank. Der VW-Haustarif betrug vorher das 1,6-fache des Tariflohns in Niedersachsen. Die Regelung kann also nicht einfach auf andere Betriebe übertragen werden.

Der zehnprozentige Lohnverlust gilt nur für die Kernebelegschaft, nicht für die LeiharbeiterInnen des *GIZ*. Das Gründungs- und Innovationszentrum Wolfsburg GmbH ist eine Leiharbeitsfirma, deren Eigentümer VW, das Land Niedersachsen und die IG Metall sind und die in der Urlaubszeit oder vorübergehend Studenten und Zeitarbeiter zu schlechteren Tarifen im VW-Werk beschäftigt: 21 DM brutto pro Stunde, während VW-ArbeiterInnen im Schnitt 30 DM haben.

Entgegen der Propaganda war die 28,8-Stunden-Woche bei Sieben-Stunden-Tag nur für eine Minderheit der VW-Beschäftigten Realität. Sie betraf zum einen schlecht ausgelastete Werke wie Emden, zum anderen die Angestellten, die nicht einem rigiden Maschinenrhythmus unterworfen sind und wo noch viele Poren vermutet werden. Im LKW-Werk Hannover wurde aufgrund guter Auslastung praktisch die ganze Zeit 37,5 Stunden in der Woche gearbeitet. Bezahlt werden 35; 1,2 Stunden werden dem Betrieb geschenkt (»Beschäftigungssicherung«!), 1,3 Stunden werden in Freizeit abgegolten. Bei Krankheit und im Urlaub werden nur 28,8 Stunden bezahlt. Weil die 28,8-Stunden-Woche nur Lohnsenkung brachte, gab es in Hannover 1995 heftige Proteste, als die Vereinbarung verlängert und mit weiteren Zumutungen versehen wurde wie Kürzung der Erholzeiten, zwölf Samstagsschichten mit gesenktem Samstagzuschlag und Mehrarbeitszuschlag erst bei über 38,8 Wochenstunden.

1998 wurde auch in anderen Werken die Produktion hochgefahren, aufgrund der Personalknappheit wird Mehrarbeit bevorzugt ausbezahlt. Gleichzeitig gab es befristete Neueinstellungen.

Im Februar 1999 kippte das Werk Wolfsburg die unterschiedlichen Arbeitszeiten und stellte um auf einen starren Drei-Schicht-Betrieb mit der Option, je nach Auftragslage an vier, fünf oder sechs Tagen pro Woche arbeiten zu lassen, wobei die 28,8-Stunden-Woche Berechnungsbasis bleibt. »Mit dem Fortschritt in der Umsetzung der Segmentierung von Fertigungsstrukturen wird die Synchronisierung der Arbeitszeitorganisation ... weiter verfolgt,« heißt es in der Anweisung an die Vorgesetzten. Mit der Neuregelung wird Nachtschicht für alle in den Dreischicht-Abteilungen durchgesetzt und eine weitere Produktivitätssteigerung anvisiert.

## **6. Die Krise 1992/93 und die Standortsicherungsverträge**

Die Wirtschaftskrise 1992/93 war ein Einschnitt. Während die Autoindustrie den Absatzrückgang nutzte, um die Produktion grundlegend umzustrukturieren und mit Entlassungen und Produktionsverlagerungen drohte,

sahen sich die Gewerkschaften zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg starken Mitgliederverlusten ausgesetzt. Im Gegenzug versuchten sie, ihren Einfluß dort zu erhalten, wo schon immer die Basis ihrer Macht lag: in der Anerkennung durch Kapital und Staat. Gewerkschaftliche Forschungsinstitute konzentrierten ihre ganze Kraft auf die Ausarbeitung von Standortkonzepten für die deutsche Industrie – und nahmen das Thema ernster als die Kapitalisten. Betriebsräte schlossen einvernehmlich mit dem Unternehmer Standortsicherungsverträge ab, die bislang sicher geglaubte Dämme einrissen, ohne irgendwelche Vorteile für die ArbeiterInnen zu bringen. wie es bei VW wenigstens noch der Fall war.

Die Betriebsvereinbarungen mit fünf Jahren Laufzeit in den Daimler-Werken Wörth und Gaggenau leiteten im Frühjahr 1993 die Wende ein. Positionen, die in den 70er Jahren erkämpft worden waren, wie z.B. die stündlichen Bandpausen bei Akkordarbeit, wurden geräumt und Arbeitszeitverlängerungen durchgesetzt. Zudem verpflichtete sich der Betriebsrat im LKW-Werk Wörth, aktiv an einer Senkung der Kosten um 30 Prozent und der Zeitvorgaben um 20 Prozent mitzuwirken – gegen die Zusicherung, die Produktion eines Leicht-LKWs nicht nach Tschechien zu verlagern. Die Belegschaft wurde bis 1994 von 15 000 auf 10 000 reduziert.

Die alte Arbeitszeitordnung von 1938, die die Mindestbedingungen der Ausbeutung wie Arbeitszeit oder Urlaub festlegte, sofern kein Tarifvertrag gilt, wurde 1994 den Erfordernissen flexibler Arbeitszeiten angepaßt. Der Achtstundentag gilt zwar im Grundsatz weiterhin, kann aber jetzt auf zehn Stunden täglich an sechs Tagen in der Woche verlängert werden, wenn die Mehrarbeit innerhalb von sechs Monaten ausgeglichen wird. Der Samstag gilt als Werktag. Mehrarbeitszuschläge (früher 25 Prozent) sind nicht mehr vorgeschrieben.

Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Flächentarifverträge erlauben, im Krisenfall gegen eine Beschäftigungsgarantie zeitweise Arbeitszeitverkürzungen auf bis zu 30 Stunden oder Arbeitszeitverlängerungen mit Lohnkürzungen auf Betriebsebene zu vereinbaren. In den letzten Jahren wurden in einem Viertel der Betriebe mit Betriebs- oder Personalräten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vereinbart wie kürzere Arbeitszeit mit gekürztem Lohn, Verzicht auf Überstundenzuschläge, Samstagsschichten, Abstriche bei den Sonderzahlungen, Arbeitszeitverlängerungen, Streichung von übertariflichen Zahlungen – alles gegen meist sehr vage Zusicherungen zum Erhalt des Standorts.<sup>6</sup>

Einige Beispiele aus Großbetrieben, die richtungsweisend waren:

– 1996 drohte die **Opel**-Zentrale, 4 000 von 15 000 Arbeitsplätzen am Standort Bochum bis zum Jahr 2000 wegfallen zu lassen. Daraufhin hat

die Betriebsratsmehrheit eine Vereinbarung unterzeichnet, nach der die wöchentliche Arbeitszeit je nach Arbeitsanfall variieren kann und erst innerhalb von 36 Monaten ausgeglichen werden muß. Zwölf zuschlagfreie Samstagsschichten gehören dazu. Im Opel-Stammwerk Rüsselsheim schwankt die Arbeitszeit zwischen 30 und 38,75 Stunden.

– Bei **Ford** Köln stimmte 1998 der Betriebsrat einer Erhöhung der Regelarbeitszeit auf 37,5 Stunden für die Dauer von zwei Jahren zu – ohne daß die ArbeiterInnen dafür mehr Geld bekommen, da die zweieinhalb Stunden Mehrarbeit den Lohnverlust ausgleichen, der durch Anrechnung der übertariflichen Zulagen auf die tarifliche Lohnerhöhung entanden war. Zusätzlich mußten 70 Stunden auf ein Freischichtkonto gearbeitet werden, die erst später abgefeiert werden sollten. Die Vereinbarung wurde gegen die Zusage geschlossen, den Standort Köln (Stammsitz des Unternehmens!) bis zum Jahr 2011 nicht aufzugeben – ohne daß die Zahl der Beschäftigten und die Art ihrer Arbeit festgelegt wurde. Theoretisch können sie im firmeneigenen Karnevalsverein beschäftigt werden.<sup>7</sup>

– Im **Mercedes**-Werk Kassel vereinbarten 1996 IG Metall-Betriebsrat und Werkleitung eine Lohnkürzung um fünf Prozent gegen eine Arbeitsplatzgarantie bis zum Jahr 2000.

– Im **VW**-Werk Hannover hat sich die Betriebsratsmehrheit 1999 auf eine diesjährige Produktivitätssteigerung von 16,5 Prozent verpflichtet.

Volkswagen und Daimler-Chrysler sind Konzerne, die Milliardengewinne einstreichen, keine Krisenbetriebe. Allgemein ist festzustellen, daß die spektakulärsten Standortsicherungsverträge zu einem Zeitpunkt abgeschlossen wurden, als die Absatzkrise im Autosektor gerade überwunden war und die Produktion wieder hochgefahren wurde.

In den meisten Reifenfabriken wurde die Arbeitszeit wieder verlängert. **Pirelli** in Breuberg/Odenwald hatte 1995 die Ausnahmegenehmigung zur Sieben-Tage-Woche im Dreischichtbetrieb erhalten mit Hinweis auf Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Konkurrenten. Die anderen Reifenproduzenten in der BRD folgten. Seit Januar 1999 gilt bei Pirelli eine Betriebsvereinbarung über die Rückkehr von der 37½- zur 40-Stunden-Woche – ohne daß der Monatslohn entsprechend steigt! Dafür verzichtet das Unternehmen bis 2001 auf betriebsbedingte Kündigungen – bis dahin soll die Produktion um 20 Prozent gesteigert werden!<sup>8</sup>

## 7. Die Arbeitszeit wird wieder länger

Im Gegensatz zu Frankreich und England ist in der BRD die tatsächliche Jahresarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten zwischen 1983 und 1993 um

ca. vier Prozent zurückgegangen, wobei es große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Wesentlich stärker ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit *aller* Beschäftigten zurückgegangen, weil parallel zum Anstieg der Frauenlohnarbeit seit den 60er Jahren die Teilzeitarbeit stark angestiegen ist. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik hat die Entwicklung lange Zeit systematisch ignoriert und an der Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich festgehalten. Heute wollen die Gewerkschaften in einer Kampagne die Männer zur Teilzeitarbeit ermutigen. Diese Form der Arbeitszeitverkürzung hat sich seit den 70er Jahren ausgebreitet. Wer mehr »Zeitautonomie« wollte und genug verdiente, hat nicht auf die Einführung der 35-Stunden-Woche gewartet, sondern individuell versucht, seine Arbeitszeit anders zu gestalten.

Heute weist vieles darauf hin, daß der Jahrhunderttrend zur Verkürzung der Arbeitszeit rückläufig ist.

Die Fehlzeiten sind an einem historischen Tiefpunkt von ungefähr vier Prozent angelangt. In allen größeren Betrieben gibt es Anti-Fehlzeiten-Kampagnen, auf die sich die Betriebsräte im Zuge der Arbeitszeitverkürzung und der »Standortsicherung« eingelassen haben.

Während die tarifliche Arbeitszeit zurückgeht, braucht eine wachsende Zahl von ArbeiterInnen einen Zweitjob, um die Reallohnverluste der letzten Jahre auszugleichen. Im letzten Jahr übten etwa drei Millionen regulär Beschäftigter einen Nebenjob bzw. eine selbständige Tätigkeit von durchschnittlich zehn Wochenstunden aus.<sup>9</sup>

Gleichzeitig ließen die Unternehmen 1,8 Mrd Stunden an Überstunden arbeiten – rein rechnerisch eine Million Arbeitsplätze: ein Zeichen dafür, daß die Stammbeschaften maximal reduziert sind und Neueinstellungen vermieden werden. Daß es nur halb so viele »klassische Überstunden« waren wie im Boomjahr 1970, liegt daran, daß 80 Prozent der Betriebe mit Betriebsrat inzwischen Arbeitszeitkonten für zuschlagfreie Mehrarbeit eingeführt haben.

Die wichtigste neue Tendenz ist die Zunahme unbezahlter Mehrarbeit im Rahmen von »Vertrauensarbeitszeiten«, die nirgendwo erfaßt werden. Betroffen sind vor allem Angestellte in Vertrieb, Netzwerkadministration und Programmierung mit hohem Leistungs- und Termindruck, wo Arbeitswochen zwischen 50 und 60 Stunden keine Seltenheit sind. »Zunehmend gehen die Unternehmen - vor allem im Bereich der höher qualifizierten Beschäftigten - dazu über, entweder im Arbeitsvertrag keine Arbeitszeit mehr vorzugeben und nur noch eine Gesamtleistung zu bezahlen oder die tatsächliche Arbeitszeit nicht mehr voll zu registrieren. (...)

Nicht mehr registrierte und bezahlte Arbeitszeit läßt sich aber nicht umverteilen.«<sup>10</sup> IBM strebt einen allgemeinen Arbeitszeitrahmen von 19-60 Stunden an, innerhalb dessen die Angestellten ihre Arbeit erledigen müssen, ohne die Zeit extra zu erfassen. Dies soll soviel Druck erzeugen, daß sie mehr arbeiten, als sie eigentlich wollen.

## **8. Wie verhalten sich die ArbeiterInnen?**

Die jahrelange Propaganda, die Arbeitslose und »Arbeitsplatzbesitzer« gegeneinander auszuspielen versucht, zeigt eine gewisse Wirkung. Aber nicht alle Belegschaften haben die Standortsicherungsverträge schweigend akzeptiert: Kleine wilde Streiks an den Bändern wie im Sommer 1993 bei Opel Bochum gegen die »Initiative Standortsicherung« der Betriebsleitung, oder bei Daimler-Wörth, als der Arbeitsdruck unerträglich wurde, sind ein Ausdruck davon. Ebenso das Hochschnellen der Krankenraten in einer einzelnen Abteilung. Daß nur wenige kollektive Proteste nach außen dringen, ist ein Ergebnis der Verbetrieblichung der Auseinandersetzungen.

In einzelnen »kampfstarken« Betrieben konnten Betriebsräte die Arbeitszeitverkürzung durchaus als Verbesserung für die Stammbesellschaft ausgestalten; sie wurden damit aber nicht wie früher zum Vorreiter, sondern sind mehr und mehr isoliert von den anderen ArbeiterInnen. Dieselben Betriebsräte sehen zu, wie ganze Abteilungen an Fremdfirmen mit niedrigeren Löhnen ausgelagert werden, wie Produktionsspitzen mit LeiharbeiterInnen ausgeglichen werden, wie befristete Arbeitsverträge bei Neueinstellungen von ArbeiterInnen die Regel werden. Die Gewerkschaften sind zuallerst Vertreter der Stammbesellschaft, die Randbelegschaft ist Verhandlungsmasse, um bessere Vereinbarungen zu erzielen.

In den Tarifaueinandersetzungen 1999 werden für die Arbeitszeiten immer höhere Pluskonten und längere Ausgleichszeiträume festgelegt: im Öffentlichen Dienst 600 Plus- und 40 Minus-Stunden. Den Krankenhausbeschäftigten sollen die Nacht- und Schicht-Zulagen genommen werden, die sie sich vor zehn Jahren erkämpft hatten.

Daß die zugespitzte Situation in der Produktion auch eine neue Art von Kämpfen hervorbringen kann, zeigt das Opel-Werk in Bochum, wo im Oktober 1998 1800 ArbeiterInnen die Arbeit niederlegten und ultimativ die sofortige Übernahme von 300 befristet Beschäftigten forderten, deren Verträge ausliefen. Die Belegschaft war so stark reduziert worden, daß kaum noch Ablösungen für die Pausen möglich waren. Die Betriebsleitung reagierte sofort: sie senkte die Bandgeschwindigkeit um 2,5 Prozent und stellte 50 befristete Arbeiter fest ein. Im März 1999 kam es

erneut zu Bandstopps und Arbeitsniederlegungen, da sich das Unternehmen sträubt, dauerhaft mehr Leute einzustellen.

Die gewerkschaftliche Politik der Arbeitszeitverkürzung war kapitalistische Krisenregulierung. Sie hat nicht die Verschärfung der Ausbeutung aufgehalten, sondern sie erst ermöglicht. Mit ihrer Teilnahme hat sich die Betriebs- und Gewerkschaftslinker verbraucht und / oder wurde vom Apparat aufgesogen. Von einem revolutionären Standpunkt aus können wir diese Modelle nicht radikalieren – wir müssen sie grundsätzlich ablehnen und als das kritisieren, was sie in den Augen der ArbeiterInnen schon lange sind: Strategien, mit denen das Kapital sich immer rabiatere Verfügungsgewalt über unsere *gesamte* Zeit sichert, um uns immer mehr zu vereinzeln und intensiver ausbeuten zu können. ■

### Anmerkungen:

1. Gerhard Bosch: »Arbeitszeitverkürzungen. Nicht nur auf das 'Ob', sondern auch auf das 'Wie' kommt es an.«, *Gewerkschaftliche Monatshefte* 9/98.
2. Beschäftigungswachstum in den USA – ein erklärbares Wunder, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 9/98.
3. *DIW-Wochenbericht* a.a.O.
4. H. Seifert, Arbeitszeitpolitik in Deutschland: auf der Suche nach neuen Wegen, in: *WSI-Mitteilungen* 9/1998, S. 579 ff.
5. Bosch, a.a.O.
6. Ergebnis einer repräsentativen Befragung der WSI-Projektgruppe von fast 3 000 Betriebs- und Personalräten, *WSI-Mitteilungen* 10/98, S. 653 ff.
7. Wegen des Umsatzeinbruchs redet niemand mehr von den geplanten 140 Stunden Mehrarbeit für 1999 auf das Freischichtkonto; stattdessen gab es Anfang 1999 schon vier Wochen Kurzarbeit.
8. *Frankfurter Rundschau*, 11.12.98.
9. Studie des gewerkschaftsnahen Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik ISG, zitiert nach *Metall* 11/1998.
10. Bosch, a.a.O.

## Inhaltsverzeichnis:

Editorial .....	2
Arbeitsniederlegung bei Opel Bochum .....	4
Fabrikbesetzung in Jasnogorsk/Rußland .....	5
Bahnreiniger-Streik in Köln .....	7
Existenzgeldkritik .....	11
Die Aktionen Arbeitsloser und Prekärer in Frankreich 97/98 ...	27
35-Stundenwoche: weniger Lohn, mehr Arbeit .....	41

# Claqueure wechseln die Seiten

## Pro-Pinochet-Demonstranten kämpfen für bessere Bezahlung

London (MAZ). Was immer Ex-Diktator Augusto Pinochet mit seinen Landsleuten angestellt hat, es war offenbar nicht so schlimm, daß nicht jeden Tag in der britischen Hauptstadt im Schatten vom Big Ben Hunderte Chilenen zusammenkämen, die unermüdlich schreien: „Wir lieben Pinochet“, „Laßt unseren Hekden frei“. Erst spät abends räumen sie wieder das Feld.

Was bisher als ungewöhnlich herzliche Unterstützung des chilenischen Ex-Diktators zur Kenntnis genommen wurde, entpuppte sich jetzt als gut inszeniertes Spektakel. Nach Informationen britischer Reporter werden die Demonstranten aus Santiago eingeflogen, wohnen auf Kosten reicher Chilenen im Vier-Sterne-Hotel und kassieren darüberhinaus für ihren Aufmarsch vor dem Oberhaus noch einen satten Stundenlohn von ungerechnet dreißig Mark.

Drei Monate nach dem Beginn des juristischen Tautziebens flog die seltsame Masche auf – durch einen Ar-

beitskampf der ganz besonderen Art. Einige dieser „Anhänger“ fühlen sich nämlich unterbezahlt. Eine Gruppe besonders eifrig agitierender Frauen forderte eine Überstundenzulage, Kältezuschläge für den europäischen Winter und eine Entschädigung für Halsentzündungen, hervorgerufen durch lautes Rufen im Londoner Nieselregen.

Mit Verweis auf die komfortable Grundversorgung lehnten die Organisatoren ab. Schließlich habe man bereits mehr als 2000 Mark für den Flug bezahlt. Auch die Unterbringung im Stakis London Metropole Hotel, das pro Zimmer mindestens 300 Mark pro Nacht verlangt, müsse bei der Berechnung mit einbezogen werden. Nicht genug, befanden die Wortführer der Demonstranten und griffen zum letzten Mittel: Man wechselte einfach die Seiten und schloß sich den Demonstranten an, die wenige Meter entfernt gegen den General protestieren. Auch haben die Pinochet-Anhänger bereits Asyl-

anträge gestellt, fand der „Sunday Mirror“ heraus, der die Spuren der seltsamen Pinochet-Freunde bis zurück nach Santiago verfolgte.

In der chilenischen Hauptstadt, so kam schließlich heraus, sollen Organisationen wie die Pinochet-Stiftung bislang rund 300 Berufsdemonstranten für die Reise nach London angeheuert haben. Meistens handelt sich es um Hausangestellte reicher Chilenen, die ihr Personal für die nationale Sache freistellen. Ein Sprecher der Stiftung verteidigt die seltsame Praxis mit den Worten: „Wer nach London reisen will und nicht über die nötigen Mittel verfügt, wird von der Stiftung und den Vertretern der Geschäftswelt unterstützt.“

Einmal in der britischen Hauptstadt angekommen, weicht die politische Überzeugung der „Pinochistas“ zuweilen einer gesunden Professionalität. Man trifft sich mit den Contra-Demonstranten im gleichen Café unweit von Big Ben und bekämpft gemeinsam das Heimweh.

Katharina Gier  
Märkische Allgemeine Zeitung, 4.2.99